

7. Sitzung

am Freitag, dem 30. Januar 2004

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	157
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	157

Fragestunde

1. Kostenlose Erweiterung des KPS-Grundstücks an der Contrescarpe? Anfrage der Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Dr. Trüpel, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Januar 2004	157
2. Ganztagsplätze in der Kindertagesbetreuung Anfrage der Abgeordneten Pietrzok, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 13. Januar 2004	161
3. Verspätete Sozialhilfeauszahlungen Anfrage der Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Kastendiek und Fraktion der CDU vom 14. Januar 2004	163
4. Sondermüllverbrennung in Blumenthal Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bünd- nis 90/Die Grünen vom 15. Januar 2004	164
5. Baumfällungen im Wald nördlich der Rekumer Geest Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bünd- nis 90/Die Grünen vom 15. Januar 2004	165
6. Qualität der Brustkrebsbehandlung in Bremen Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Kastendiek und Fraktion der CDU vom 20. Januar 2004	166
7. Wirtschaftlichkeit der Trainingsrennbahn Anfrage der Abgeordneten Möhle, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Januar 2004	169

8. Umgestaltung des Woltmershauser Marktplatzes
 Anfrage der Abgeordneten Frau Wangenheim, Dr. Sieling, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 21. Januar 2004 170

9. Ärztliche Gutachten zur Reisefähigkeit
 Anfrage der Abgeordneten Brumma, Kleen, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 23. Januar 2004 171

Aktuelle Stunde

Happy End einer unendlichen Geschichte: Hollerland tabu für Bebauungspläne der großen Koalition

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) 173
 Abg. Imhoff (CDU) 175
 Abg. Dr. Schuster (SPD) 176
 Senator Eckhoff 177
 Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen) 180

Erhalt der Bürgerweide als Standort für den Freimarkt

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 9. Dezember 2003 (Drucksache 16/50 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 20. Januar 2004

(Drucksache 16/56 S)

Abg. Ehmke (SPD) 182
 Abg. Herderhorst (CDU) 184
 Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) 185
 Bürgermeister Perschau 186

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Inneres 188

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 8 vom 6. Januar 2004

(Drucksache 16/54 S) 188

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 9 vom 20. Januar 2004

(Drucksache 16/59 S) 188

149. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für das Grundstück Albrecht-Roth-Straße 28 (Flurstück 52/1, VR Vegesack Flur 1)

Mitteilung des Senats vom 13. Januar 2004

(Drucksache 16/55 S) 188

Kinderbetreuung muss dem Bedarf entsprechen!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 20. Januar 2004

(Drucksache 16/58 S)

Kinderbetreuung bedarfsorientiert weiterentwickeln

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

vom 29. Januar 2004

(Drucksache 16/61 S)

Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen) 189

Abg. Bartels (CDU) 190

Abg. Pietrzok (SPD) 191

Senatorin Röpke 192

Abstimmung 193

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Kultur 193

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration 194

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Emigholz, Jägers, Frau Koestermann, Frau Reichert, Frau Sauer, Frau Wischer.

Präsident Weber**Vizepräsident Ravens**
Vizepräsidentin Dr. Trüpel**Schriftführerin Arnold-Cramer**
Schriftführerin Hannken

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Wirtschaft und Häfen
und für Kultur

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr **Eckhoff** (CDU)

Staatsrat **Dr. vom Bruch** (Senator für Inneres und Sport)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung um 15.00 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, die 7. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Kinderbetreuung bedarfsorientiert weiterentwickeln, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 29. Januar 2004, Drucksache 16/61 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 der Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrages herbeiführen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrages einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Punkt mit dem Antrag außerhalb der Tagesordnung, Kinderbetreuung muss dem Bedarf entsprechen, zu verbinden. Erhebt sich dagegen Widerspruch?

Das ist nicht der Fall, dann verfahren wir so.

2. Meine Damen und Herren, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat darum gebeten, noch zwei Nachwahlen vorzunehmen. Ich werde diese Wahlen zum Schluss der Tagesordnung aufrufen lassen.

Ich stelle auch damit Einverständnis fest. Dann verfahren wir so.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Datenbank barrierefreies Wohnen
Mitteilung des Senats vom 20. Januar 2004
(Drucksache 16/57 S)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der Februar-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. Dezember 2003
Dazu
Antwort des Senats vom 27. Januar 2004
(Drucksache 16/60 S)

2. Arbeitsschutzmanagementsystem in dem Klinikverband Nord (ehemalige kommunale Krankenhäuser Bremen)
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Januar 2004

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurde interfraktionell vereinbart, den Tagesordnungspunkt fünf mit dem Petitionsbericht außerhalb der Tagesordnung, hierbei handelt es sich um die Petitionsberichte Nummer acht und neun, zu verbinden.

Wer mit der interfraktionellen Absprache einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen uns neun frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Kostenlose Erweiterung des KPS-Grundstücks an der Contrescarpe?**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Dr. Trüpel, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich bitte den Fragesteller, Dr. Güldner, die Frage zu stellen!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Abweichungen gegenüber der im Kaufvertrag ausgewiesenen Grundstücksfläche oder anderen Festlegungen des Kaufvertrages, zum Beispiel Unter- und Überbauungsrechte, gibt es im Rahmen der inzwischen geänderten Pläne für das KPS-Gebäude auf dem Grundstück Contrescarpe/Herdentorsteinweg?

Zweitens: Falls es Abweichungen der jetzigen Pläne gegenüber des rechtskräftigen Kaufvertrags gibt, erfordern diese einen zusätzlichen Kaufvertrag, haben Sie Auswirkungen auf den vereinbarten Kaufpreis und wenn jeweils nein, warum nicht?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet von Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Gegenüber der im damaligen Kaufvertrag ausgewiesenen Grundstücksfläche von zirka 1360 Quadratmetern ist das Kaufgrundstück nunmehr zirka 1869 Quadratmeter groß. Die Vergrößerung des Kaufgrundstücks um zirka 509 Quadratmeter ergibt sich zum einen aus einer höheren Ausnutzung der Fläche an der Contrescarpe an der Seite zum Stadtgraben im Umfang von zirka 281 Quadratmetern, die sich aus dem geänderten Bebauungskonzept des Investors ergeben hat, zum anderen aber auch daraus, dass die im damaligen Kaufvertrag als Über- und Unterbaugrundstück bezeichnete zirka 175 Quadratmeter große Fläche, die nach dem neuen Bebauungskonzept jetzt zirka 228 Quadratmeter umfasst, entlang der Straße Contrescarpe nunmehr als Wegegrundstück Bestandteil des Kaufgrundstücks geworden ist.

Die im damaligen Kaufvertrag als Über- und Unterbaugrundstück bezeichnete Fläche wurde seinerzeit nicht an den Käufer veräußert, da zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Kaufvertrages noch unklar war, ob im Rahmen der Verlegung der Straße Contrescarpe diese Fläche zum Verlegen von Leitungen benötigt wird und deshalb im öffentlichen Eigentum verbleiben sollte. Da nunmehr bekannt ist, dass die Fläche zu diesem Zweck nicht benötigt wird, wäre die Übertragung in das Eigentum des Käufers für die Stadtgemeinde Bremen von Vorteil, da dieser in diesem Fall die Verkehrssicherungspflicht und Unterhaltungspflicht für das gesamte, nunmehr 400 Quadratmeter große Wegegrundstück zu übernehmen hätte. Für das Wegegrundstück ist eine Dienstbarkeit zugunsten der Stadtgemeinde Bremen einzutragen, die sichert, dass dieser Teil des Kaufgrundstücks für die Öffentlichkeit zur Überwegung zur Verfügung steht.

Des Weiteren soll die im Kaufvertrag bereits in Aussicht gestellte weitere Unterbauung in Richtung Wallanlagen realisiert werden. Im Kaufvertrag war für diese Unterbauung eine etwa 270 Quadratmeter große Fläche vorgesehen, nunmehr soll eine Fläche von zirka 218 Quadratmetern unterbaut werden.

Zu zwei: Die neue Planung erfordert den Abschluss eines Nachtragsvertrages, der zurzeit zwischen den Vertragsparteien verhandelt wird. Hinsichtlich des Kaufgrundstücks haben die geänderten Pläne keine Auswirkungen auf den Kaufpreis, da GeoInformation Bremen mit Schreiben vom 11. April 2003 mitgeteilt hat, dass nach dem Einbruch der Immobilienpreise im Jahr 2002 unter den heutigen Wertverhältnissen der bereits bezahlte Kaufpreis bei Übertragung einer zusätzlichen Fläche von bis zu 520 Quadratmetern unter den dargestellten Nutzungsbeschränkungen angemessen ist. Hinsichtlich der Einräumung des Unterbauungsrechts ist allerdings vorgesehen, dass sich der Käufer entsprechend dem damaligen Kaufvertrag zur Zahlung eines Entgelts verpflichtet. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Bürgermeister Perschau, die Begründung beziehungsweise diese Antwort ist wohl auch schon vorab vom Senat an die Presse gegeben worden. Man weiß es immer nie so genau, aber ich wurde jedenfalls schon am Montag von der Presse gefragt, was ich von der Antwort halte, die Sie mir jetzt gerade gegeben haben.

Dennoch möchte ich noch einmal auf die Begründung hinaus. Sie sagen, die Begründung von GeoInformation ist, dass nach dem Abschluss des damaligen Kaufvertrags die Immobilienpreise gesunken seien. Nun gehen wir immer davon aus, dass zum jeweiligen Vertragsabschluss der jeweilige Verkehrswert oder der vereinbarte Kaufpreis fällig wird. Das ist so das normale Geschäftsgebaren. Damals ist ein Vertrag geschlossen worden, der einen bestimmten Preis, der ja auch gezahlt worden ist, festlegt.

Nun übertragen wir dem Käufer weitere Flächen und machen das auch mit einem Vertrag, wie Sie gerade ausführten. Es wäre selbstverständlich, dass wir dann den jetzigen Wert dieser Flächen eigentlich in Rechnung stellen. Der kann zwar geringer sein als der damalige, aber die Frage bleibt doch: Wieso kann er Null sein, und wieso können der damalige und der heutige Vertrag gegeneinander aufgerechnet werden? Mir ist kein Beispiel bei Privaten oder auch aus dem Bereich der Wirt-

schaft, die Grundstücke in der Stadt kaufen, bekannt, wo eine solche Verrechnung stattgefunden hätte.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Herr Abgeordneter, das Leben ist häufig komplizierter, als einzelne Personen das glauben mögen. Hier ist ganz schlicht der Sachverhalt eingetreten, dass zunächst einmal eine Bebauungspflicht nicht ausdrücklich im Vertrag stand. Zweitens ist es so, dass zunächst einmal der Entwurf Teherani verhandelt worden ist. Das war auch ein optisch wunderbarer Entwurf. Dann ist das gerechnet worden, und dann hat der Unternehmer festgestellt, dass er die Mieten, die er nehmen müsste, vermutlich in Bremen nicht wird erwirtschaften können. Daraufhin wäre die Möglichkeit gewesen, dass das Grundstück an uns zurückfällt.

Dann hat man dem Unternehmer eine Auflage gemacht, einen neuen Architektenwettbewerb zu machen, und er hat dann den Architekten Ungers genommen, der sicherlich ein ganz berühmter ist, der dann auch einen Entwurf vorgelegt hat. In diesem Entwurf war klar, dass der Unternehmer selbst das Bedürfnis hatte, auf diesem Grundstück so zu bauen, dass am Ende auch möglicherweise ein Ertrag entsteht, das heißt, dass er sozusagen für die Baukosten auch den Kapitaleinsatz über eine zu erzielende Miete abrechnen kann.

Diese Verhandlungen sind über einen langen Zeitraum mit dem Stadtplanungsamt geführt worden, sie sind mit GeoInformation geführt worden, sie sind mit der Senatskanzlei und sie sind mit der BIG geführt worden. Dies, was ich Ihnen jetzt vorgebracht habe, ist das Zwischenergebnis.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Da Sie sie nicht beantwortet haben, Herr Bürgermeister Perschau, muss ich die Frage noch einmal stellen. Auf welches Recht gründen Sie den Abschluss eines weiteren zusätzlichen Vertrages über den Erwerb weiterer Flächen in Höhe von 509 Quadratmetern zum Kaufpreis Null mit der Begründung, dass die Preise der damaligen Fläche inzwischen gesunken seien? Wir haben es mit zwei Kaufvorgängen zu tun, die jeweils den Preis zum Tageswert oder den vereinbarten Kaufpreis erfordern. Ich entnehme Ihrer Antwort jetzt, dass die Stadt Bremen in diesem Fall den Kaufpreis Null vom Erwerber dieser 500 Quadratmeter einfordert. Finden Sie das nicht ungewöhnlich?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Es mag sein, dass Sie das ungewöhnlich finden. Ich finde das nicht ungewöhnlich, weil das das Ergebnis der Verhandlungen war. Es ging hier ganz schlicht um die Frage, ob dieser Zugewinn an Fläche zu einer objektiven Wertsteigerung des Grundstückes in der Hand des Eigentümers führt. Dies ist sozusagen von GeoInformation so nicht positiv beantwortet worden, sondern sie haben festgestellt, da dieses Grundstück relativ lange gelegen hat und im Grunde, wenn es nicht bebaut würde, an uns zurückfällt, dass wir sehr wohl darüber verhandeln müssen, weil wir doch vor der Frage stehen: Wollen wir das unbebaute Grundstück wieder zu dem Preis zurückerwerben, oder wollen wir zu demselben Preis mit dem Unternehmer darüber verhandeln, dass er eine Bebauungsform und eine Grundstücksform findet, die dazu führt, dass in Bremen mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, mehr Arbeitsplätze entstehen und eine Baulücke an einer, wie wir stadtplanerisch meinen, hoch attraktiven Stelle geschlossen wird? Deshalb sind diese Verhandlungen so geführt worden. Das, was ich Ihnen vortrage, ist das Ergebnis, und ich glaube, dass das auch rechtens und in Ordnung ist

(Beifall bei der CDU)

und dass wir das tun, weil wir es lieber haben, dass in Bremen gebaut wird, als dass wir darauf verzichten.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe es auch lieb, wenn private Hausbauer in Bremen bauen. Ich habe auch andere Unternehmer lieb, die in Bremen Flächen erwerben. Dennoch müssen die etwas dafür zahlen, auch wenn wir es sehr begrüßen, dass sowohl Private als auch Unternehmen Flächen erwerben und hier bauen. Es bleibt die Frage: Haben Sie abschließend rechtlich geprüft, ob quasi die Vergabe von 500 Quadratmetern städtischen Grundes an einen Erwerber überhaupt rechtlich zulässig ist, ohne dass dafür ein Kaufpreis von nicht einmal einem Euro erzielt wird?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Ich gebe gern zu, dass ich es selbst nicht geprüft habe, aber Fachleute haben es geprüft und kommen zu dem Ergebnis, dass es rechtlich in Ordnung ist.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn ich die Veränderungen im Vergleich zu dem Grundstück betrachte, wie sie im ursprünglichen Kaufvertrag aufgeführt worden sind, dann ergibt sich ja auch für die Stadt ein Veränderungsbedarf in Bezug auf die existierenden Fuß- und Radwege, die dort angedacht beziehungsweise schon angelegt worden waren. Welche Kosten kommen abgesehen davon, dass wir für das um 500 Quadratmeter erweiterte Grundstück keine Einnahme erzielen, auf die Stadt in puncto Erstellung neuer Wegebeziehung rund um das Grundstück zu, denn das verändert sich ja nun auch wesentlich, so wie Sie es vorhin dargestellt haben?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Herr Abgeordneter, zunächst einmal geht es darum, dass die Bebauung ermöglicht wird. Wir haben als öffentliche Hand, wenn wir eine Bebauung genehmigen, natürlich die Begleitinfrastruktur darauf auszurichten. Ich gebe Ihnen gern zu, dass ich weder als Architekt noch als Straßen- und Wegeplaner das jetzt im Einzelnen ausgerechnet habe. Ich kann die Frage auch nicht beantworten. Sie haben sie in Ihrer Anfrage auch nicht gestellt.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Als Zusatzfrage stelle ich sie!)

Ich kann sie nicht aus dem Ärmel beantworten. Es wäre auch abwegig, dass der Wirtschaftssenator so etwas einmal so eben aus dem Ärmel beantworten kann. Das kann ich nicht, es ist aber sicherlich zu ermitteln. Das Stadtplanungsamt kann das sicherlich präzise ermitteln, und ich kann Ihnen das gern nachliefern, wenn Sie diese Information gern hätten. Ich kann es aber nicht so aus dem Ärmel beantworten.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie die Höhe der auf die Stadt zusätzlich zukommenden Kosten hier so nicht mitteilen können, dass Sie aber davon ausgehen, dass durch die Veränderungen, die da verhandelt worden sind, in jedem Fall zusätzliche Kosten auf die Stadt zukommen werden, um diese Wegebeziehung neu herzustellen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Ich habe bisher selten erlebt, dass diese Kosten, die dann entstehen, denen ja auch ein Gebäude mit einem erheblichen Nutzwert und mit einer Ertragskraft gegenübersteht, für uns eine negative Rechnung sein können,

wenn wir begrenzte Zuwegungen ermöglichen, dass sich dies aus der Ertragskraft nicht rechnet. Das ist ziemlich abwegig. Deshalb glaube ich einfach, ich weiß es nicht, es können auch keine dramatischen Beträge sein, aber, Herr Abgeordneter, Sie können auch noch fünfmal fragen, ich kann es nicht eben aus der Tasche ziehen und sagen, was da im Einzelnen irgendeine Radwegbegradigung oder irgendeine andere Maßnahme kostet, aber ich kann es klären lassen. Ich will Ihren Wissensdurst da auch gern befriedigen, aber es gehört dann zu den öffentlichen Pflichten, solche Begradigungen auch zu machen.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir haben in dem ursprünglichen Kaufvertrag eine genaue Festlegung von Fristen, wann ein Bauantrag zu stellen gewesen wäre, wann Baubeginn hätte sein müssen, alles im Konjunktiv. Das hat alles in den dort vereinbarten Fristen so nicht stattgefunden. Haben Sie im Zuge der Nachverhandlungen eine Zusicherung, dass jetzt nach dieser weiteren Übertragung von weiteren Flächen an den Erwerber dieses Grundstücks tatsächlich ein Bauantrag gestellt und der Baubeginn stattfinden wird, und wenn ja, zu welcher Frist?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Herr Abgeordneter, diese Dinge sind nie eine einseitige Geschichte. Sie hängen immer davon ab, ob die Baugenehmigung erteilt wird, und wann sie erteilt wird, hängt davon ab, wann alle Fragen der Genehmigungsbehörde abgearbeitet sind. Wenn sie alle abgearbeitet sind, dann wird eine Baugenehmigung erteilt. Von daher sind die Fristen ein schwieriges Thema, weil sie eine Wechselseitigkeit haben. Wenn die Genehmigungsbehörde an unterschiedlichsten Bereichen Nachfragen und Nachprüfungen hat, dann verschieben sich die Fristen, und deshalb wird man einen solchen Fristenkanon, den man am Anfang aufstellt, mitunter nicht einhalten können, weil solche Bauprojekte, gerade wenn sie so groß auf einem so engen Grundstück entstehen, häufig doch eine Reihe von Schwierigkeiten und Einzelproblemen nach sich ziehen, die abgeklärt und abgearbeitet werden müssen mit dem Stadtplanungsamt und anderen Behörden, damit eine Baugenehmigung erteilt werden kann.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Das kann für einen Großteil der Vergangenheit schon deshalb nicht zutreffen, weil ja gar kein Antrag auf

Baugenehmigung gestellt worden war und deswegen mit dieser Prüfung noch gar nicht begonnen werden konnte.

(Bürgermeister Perschau: Aber die Anfrage!)

Heißt das, was Sie jetzt sagen, dass inzwischen ein Antrag auf eine Baugenehmigung gestellt worden ist?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Die Baugenehmigung ist noch nicht erteilt.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber der Antrag ist gestellt?)

Ja, der Antrag ist gestellt. Ich habe jetzt das Datum nicht im Kopf, wann er gestellt worden ist, aber er ist gestellt.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Können Sie uns zusichern, dass anlässlich dieser Verhandlungen - wir haben immer noch einen Dissens darüber, ob der Wert des Grundstückes mit null Euro angemessen berücksichtigt ist, aber die Prüfung dessen sei einmal dahingestellt - dann zügig auch das, was Sie als Ertrag für die Stadt bezeichnen, der Baubeginn, stattfinden wird und wir dann tatsächlich in diese Phase kommen, dass auf diesem Grundstück dann überhaupt tatsächlich angefangen wird zu bauen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Herr Abgeordneter, wenn ich Bauherr wäre, würde ich dafür sorgen. Ich bin es aber nicht. Insofern gehe ich davon aus, dass der Bauherr, sobald er die Baugenehmigung hat, in seinem wohlverstandenen Eigeninteresse mit dem Bau beginnen wird, wenn ihn nicht irgendwelche Witterungsverhältnisse davon abhalten oder sonstige höhere Gewalt ihn davon abhält. Ich habe keinen Anlass, davon auszugehen, dass, wenn er die Baugenehmigung hat, er davon keinen Gebrauch machen will.

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Begriff „**Ganztagsplätze in der Kindertagesbetreuung**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Pietrzok, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Ich bitte Herrn Pietrzok, die Anfrage zu stellen!

Abg. **Pietrzok** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Bedeutung misst der Senat der Versorgung mit Ganztagsplätzen bei der Kindertagesbetreuung von drei- bis sechsjährigen Kindern in Bremen bei?

Zweitens: Wie hat sich die Zahl der Ganztagsplätze bei der Kindertagesbetreuung seit 1999 entwickelt?

Drittens: Beabsichtigt der Senat, hier Veränderungen vorzunehmen, und wenn ja, welche und warum?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Der Versorgung mit Betreuungsplätzen für drei- bis sechsjährige Kinder in Einrichtungen der Tagesbetreuung in Bremen misst der Senat eine große Bedeutung zu. Bei einer Versorgung mit Plätzen für über 95 Prozent der in Frage kommenden Kinder ist dies nachweisbar. Dabei unterscheidet sich der täglich benötigte Betreuungsumfang zwischen Familien sehr. Die in 2003 vom Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales in Auftrag gegebene repräsentative Umfrage bei Eltern durch das FORSA-Institut nach ihren Wünschen bezogen auf den täglichen Betreuungsumfang für ihre Kinder hat eine gesteigerte Nachfrage nach fünfstündigen und sechsstündigen Angeboten deutlich gemacht. Für ein achtstündiges Ganztagsangebot gab es über das bestehende Angebot hinaus keine Wünsche. Zusammenfassend räumt der Senat dem Ziel, für Kinder und Eltern mehr Flexibilität im Betreuungsumfang zu ermöglichen, eine große Bedeutung ein. Eine Verbesserung der Möglichkeiten für Eltern, Berufstätigkeit und Familienarbeit zu vereinbaren, ist weiterhin wichtig und wird weiter verfolgt.

Zu zwei: Die Zahl der Ganztagsplätze bei der Tagesbetreuung hat sich seit 1999 wie folgt entwickelt: 1998/1999 gab es 3831 Ganztagsplätze, in 1999/2000 3923 Plätze, in 2000/2001 3743 Plätze, in 2001/2002 3691 Plätze, in 2002/2003 3669 Plätze und in 2003/2004 3587 Plätze. Das Gesamtangebot an Plätzen wurde seit 1999 um 406 auf 14.166 ausgebaut.

Zu drei: Die Gesamtkapazität der Plätze für drei- bis sechsjährige Kinder muss für das neue Kinder-

gartenjahr 2004/2005 einer veränderten Nachfrage angepasst werden. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der demographischen Entwicklung rund 250 Plätze unterschiedlichen Betreuungsumfangs weniger nachgefragt werden. Die meisten dieser Plätze sollen entsprechend der Verteilung in den Ortsteilen beim städtischen Träger abgebaut werden. Zur gleichen Zeit wird bei allen Trägern in Einrichtungen die Möglichkeit überprüft, neue, ergänzende Betreuungszeiten von täglich fünf Stunden und sieben Stunden einzuführen. Es wird davon ausgegangen, dass die durchschnittliche Betreuungszeit pro Kind in den Kindergärten und die Versorgungsquote für die Drei- bis Sechsjährigen in Kindergärten auf dem erreichten Niveau gehalten werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pietrzok** (SPD): Nur noch einmal der Klarstellung halber: Es ist also keineswegs so, dass das Ressort die Absicht hat, der demographischen Entwicklung dadurch Folge zu leisten, dass ausschließlich Ganztagsplätze abgebaut werden?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Das sagt die Antwort ja noch einmal ganz deutlich. Es ist eine Rechengröße. Wir sind in einer Planungsphase. Wir müssen die Meldedaten zugrunde legen, also wie viele Kinder es gibt, die jetzt in die Anmeldesituation kommen. Daraufhin werden die Planzahlen entwickelt, wie in jedem Jahr. Dann wird man nach der Anmeldephase den Abgleich mit den Trägern zusammen machen, und danach werden wir sehen, wie viele Plätze nachgefragt werden, und die dann mit dem Angebot in Einklang bringen. Das wird dann auch konkret darlegen, wie sich die Platzzahl entwickelt. Es ist aber nicht so zu verstehen, wie das ursprünglich in der Presse transportiert worden ist, dass ausschließlich Ganztagsplätze abgebaut werden, sondern wir haben ja vor, jetzt eine Vielzahl unterschiedlicher Betreuungszeiten zu entwickeln.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. **Pietrzok** [SPD]: Nein, vielen Dank! Das war nur eine wichtige Klarstellung für die spätere Debatte!)

Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten **Crueger**! - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, noch einmal zur Klarstellung auch von mir

eine Nachfrage! Es ist doch richtig, dass in den vergangenen Jahren das Angebot an Ganztagsplätzen die Nachfrage nie völlig abgedeckt hat und dass es immer Diskrepanzen gab, so dass Eltern sich dann beispielsweise gezwungen sahen, auf eine andere Stundenzahl auszuweichen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Nach der mir vorliegenden Statistik aus 2003/2004, nur die habe ich jetzt mitgebracht, war es so, dass wir 2003/2004 3587 Ganztagsplätze geplant hatten, bestätigte Anmeldungen waren 3525.

(Abg. Frau **Stahmann** [Bündnis 90/Die Grünen]: Bestätigte! Das ist etwas anderes!)

Ja, aber diese Diskrepanz ist auch dadurch zu erklären, dass die Eltern bestimmte Einrichtungen nachfragen und in der gewünschten Einrichtung nicht immer den Platz bekommen. Das führt dann dazu, dass die Bedarfe, wie sie von den Eltern formuliert werden, nicht immer zu 100 Prozent umgesetzt werden können.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, aber wir sind uns einig, dass „bestätigte Anmeldungen“ auch bedeuten kann, dass Eltern, die ursprünglich einen Ganztagsplatz beantragt haben und für ihr Kind gern einen Ganztagsplatz gehabt hätten, diesen nicht unbedingt bekommen haben, sondern aus verschiedenen Umständen ihnen nicht gerecht werden konnte und sie dann entsprechend auf ein anderes Platzangebot ausgewichen sind?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Ja, sicher! Wir sind immer noch in einer Situation, in der nicht die Anmeldungen oder die Bedarfe der Eltern eins zu eins, wie man jetzt immer so schön sagt, in ihren Wünschen oder ihren Anforderungen entsprechend auch umgesetzt werden können, das ist ganz klar. Da sind wir sozusagen noch auf dem Weg, dieses Ziel zu erreichen. Wir wissen alle, dass das auch noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird, dass wir irgendwann hoffentlich einmal dahin kommen.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine letzte! Frau Senatorin, sind wir auch d'accord in der Einschätzung, dass durch die sich jetzt langsam auswirkenden Einflüsse der Hartz-Gesetzgebung

perspektivisch das Angebot der Ganztagsplätze noch stärker nachgefragt werden wird als in der Vergangenheit?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Ich würde diese These noch nicht so unterschreiben. Wir müssen einfach noch einmal abwarten, wie sich das dann entwickelt. Die Hartz-Gesetzgebung tritt ja erst 2005 in Kraft. Da werden wir uns gemeinsam die Aufgabe stellen müssen, das zeitnah auszuwerten auch in diesem Bereich der Kindertagesbetreuung, was auch explizit Bestandteil der Hartz-Gesetzgebung ist, wonach ja den Berufstätigen ein Vorrang eingeräumt wird bei der Platzvergabe auch in der Bundesgesetzgebung. Ich hoffe sehr, dass es gelingt, über die Hartz-Gesetzgebung die 1,5 Milliarden Euro, die uns nach Auffassung der Bundesregierung zur Verfügung gestellt werden sollen, auch zu generieren, um dann den Ausbau der Plätze für Null- bis Dreijährige forcieren zu können.

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Verspätete Sozialhilfeauszahlungen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Kastendiek und Fraktion der CDU.

Ich bitte Herrn Oppermann, die Anfrage zu stellen!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Was waren die Gründe, die zu einer teilweise verspäteten Auszahlung der „Hilfe zum Lebensunterhalt“ führten?

Für wie viele Personen und in welcher Höhe sind durch die verspäteten Auszahlungen zusätzliche Kosten entstanden?

Wie wird der Senat sicherstellen, dass eine Wiederholung eines solchen Vorganges in der Zukunft verhindert wird?

Vizepräsident Ravens: Auch diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die verspätete Auszahlung von Sozialhilfe hatte zwei Gründe: Zum einen sind im Dezember die Dateien zur Auszahlung, die so genannten Giro-

sätze, einige Stunden früher als üblich hergestellt worden; zu diesem Zeitpunkt war die elektronische Übermittlung der Sozialhilfe-Zahlungsdaten noch nicht erfolgt. Deshalb entstanden hinsichtlich der Sozialhilfe Leerbänder, die keine Zahlungen auslösen konnten. Zum anderen unterblieb der vorgesehene sofortige Abgleich zwischen der Summe der nicht veranlassten Zahlungen und der daraus bekannten „Soll-Summe“.

Zur ersten Unterfrage: Es war möglich, an rund 32.000 Zahlungsempfänger Kontogutschriften bis zum 2. Januar 2004, 9.00 Uhr, zu veranlassen. In diesen Fällen ist nicht damit zu rechnen, dass zusätzliche Kosten entstanden sind. Bei den übrigen rund 16.000 Zahlungsempfängern, für die eine Gutschrift der Leistungen frühestens ab 5. Januar 2004 möglich war, und in den rund 180 Fällen, in denen die Leistungen per Verrechnungsscheck beziehungsweise postbar zuzusenden waren, kann die verspätete Auszahlung in einzelnen Fällen zusätzliche Kosten verursachen. Durch die verspätete Auszahlung verursachte zusätzliche Kosten der Leistungsempfänger werden vom Leistungsträger übernommen.

Es ist zurzeit noch nicht bekannt, in wie vielen Fällen und in welcher Höhe durch die verspätete Auszahlung von Sozialhilfe am Jahresbeginn zusätzliche Kosten entstanden sind. Es werden jedoch alle Fälle, in denen Überbrückungszahlungen oder die Übernahme zusätzlicher Kosten notwendig geworden sind, erfasst. Es zeichnet sich bisher ab, dass Mehrkosten nur in wenigen Einzelfällen entstanden sind. Eine Auswertung wird bis Ende Februar 2004 möglich sein und der Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration vorgelegt.

Zur zweiten Unterfrage: Der Senat wird die für die Abwicklung des Auszahlungsverfahrens Verantwortlichen dazu verpflichten, das Vorgehen bei der Bearbeitung der Auszahlungen beziehungsweise beim Erstellen der „Girosätze“ so zu optimieren, dass die Verarbeitungsschritte in ihrer Abfolge besser aufeinander abgestimmt, sicherere Prüfroutinen festgelegt und Verantwortlichkeiten eindeutig geregelt werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: Nein, danke! Ich glaube, das werden wir dann in der Deputation in der Februar-Sitzung gebührend diskutieren!)

Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **Sondermüllverbrennung in Blumenthal**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich bitte Frau Dr. Mathes, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Hat der Senat dafür gesorgt, dass eine Immissionsprognose der Schadstoffe erstellt wird, die bei der Verbrennung von bis 100 Prozent besonders überwachungsbedürftiger externer Abfälle in der Eindampf- und Feuerungsanlage der BREWA/BWK entstehen?

Zweitens: Wenn ja: Wann wurde die Immissionsprognose in Auftrag gegeben, und wann werden die Ergebnisse vorliegen?

Vizepräsident Ravens: Zur Beantwortung hat das Wort Herr Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Ja! Der Betreiber hat sich auf Empfehlung des Senators für Bau, Umwelt und Verkehr bereit erklärt, für die wichtigsten Schadstoffe, die in der siebzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes genannt sind, auf freiwilliger Basis eine entsprechende Immissionsprognose erstellen zu lassen. Hierzu wurden am 15.1.2004 zwischen Betreiber, Gesundheitsamt und der Immissionsschutzbehörde die Details festgelegt. Die Auftragsvergabe wird in den nächsten Tagen erfolgen. Mit Ergebnissen ist ab Mitte Februar zu rechnen.

Vizepräsident Ravens: Wünschen Sie eine Zusatzfrage, Frau Dr. Mathes? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Es ist erst einmal sehr erfreulich, dass es jetzt in der Tat umgesetzt wird. Es ist natürlich auch eine wichtige Information für die dann zusammenfassende Umweltbewertung, die auch noch nicht vorliegt, sondern in Auftrag gegeben wurde. Bis wann werden denn da die Ergebnisse erwartet?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Ich hoffe, dass wir den ganzen Fragenkomplex tatsächlich im März abgearbeitet haben werden, weil dort Fristen vorliegen, bis wann wir Anträge entsprechend genehmigen müs-

sen oder nicht. Deshalb gehe ich davon aus, dass wir bis Mitte/Ende März dieses Thema insgesamt entschieden haben werden.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, diese Untersuchung, über die wir gerade reden, das wissen Sie auch, Frau Dr. Mathes, ist eine freiwillige Leistung, weil zumindest nach den Daten, die bisher unserem Haus vorliegen, die Grenzwerte deutlich unterschritten werden. Deshalb gibt es diese Verpflichtung nicht, das vorzulegen, und ich finde es auch aufgrund der öffentlichen Diskussion, die es in Blumenthal gibt - da braucht man gar nicht um den heißen Brei herumzureden -, sehr positiv, dass es tatsächlich gelungen ist, diese Prognose entsprechend erstellen zu lassen.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Vorab muss ich sagen, wir hatten hier die Auseinandersetzung schon einmal. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass es auch gesetzlich geboten wäre, das zu machen. Nichtsdestotrotz ist mir das mittlerweile jetzt egal, wenn es kommt, kommt es, und das ist gut so.

Die Frage, die sich aber anschließt, ist: Sie haben gesagt, bis März, gegebenenfalls Ende März das Ganze abzuarbeiten, weil dann über die Genehmigung entschieden werden muss. Nach meinem Kenntnisstand müsste es aber schon Anfang März erfolgen. Kann ich dem entnehmen, dass aufgrund von Nachforderungen oder Ähnlichem hier mit dem Antragsteller eine Verlängerung ausgehandelt wurde?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Frau Dr. Mathes, ich möchte mich da nicht festlegen! Bei mir steht hier auf dem Zettel, dass dies im März abgeschlossen sein soll. Ich kann es Ihnen beim besten Willen jetzt nicht sagen, weil ich auch nicht derjenige bin, der das persönlich bearbeitet bei mir im Haus, ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, ob es Mitte März, Ende März oder Anfang März ist. Da würde ich Ihnen gern die Information nachliefern. Ich weiß es nicht.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Es wäre schön, wenn Sie es nachliefern! Die letzte Frage: Würden Sie mir auch umgehend die Ergebnisse der Immissionsprognose und auch des Umweltgutachtens zur Verfügung stellen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Selbstverständlich!

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die **Baumfällungen im Wald nördlich der Rekumer Geest**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich bitte Frau Dr. Mathes, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Abholzung in dem der Gewosie gehörenden Wäldchen im Bereich Lohweg/Rekumer Geest aus umweltpolitischer Sicht?

Zweitens: Mit welchen ordnungsrechtlichen Instrumenten hätte der Kahlschlag in dem Wäldchen untersagt werden können?

Drittens: Mit welchen Mitteln will der Senat solchen Baumfrevl in Zukunft verhindern?

Vizepräsident Ravens: Zur Beantwortung hat das Wort Herr Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Wald kommt neben seinem wirtschaftlichen Nutzen wegen seiner Bedeutung für die Umwelt und die Erholung der Bevölkerung eine besondere Bedeutung zu. Vor diesem Hintergrund strebt der Senat die Erhaltung von Wald an. Für die Entscheidung einer Umwandlung in eine andere Nutzungsart sieht das Waldrecht eine Abwägung der privaten mit den öffentlichen Interessen vor. Im vorliegenden Fall sind für den Senat keine anderweitigen Nutzungsziele erkennbar.

Weder das Landschaftsprogramm noch der Flächennutzungsplan sehen in dem in Rede stehenden Bereich eine vom Wald abweichende Nutzung vor. Diesbezügliche Änderungen der naturschutz- und planungsrechtlichen Voraussetzungen sind nicht vorgesehen. Vor diesem Hintergrund bedauert der Senat die besagten Baumfällungen. Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr hat sich diesbezüglich an die Gewosie gewandt, um in einem Gespräch zu erörtern, wie in Zukunft

durch frühzeitige Information einvernehmliche Lösungen gefunden werden können.

Zu Frage zwei: Die Gewosie als Eigentümerin des Wäldchens hat, soweit und solange sie nicht gegen öffentlich-rechtliche Vorschriften verstößt, die alleinige Verfügungsgewalt über ihr Eigentum. Eine Entscheidung über die Zulässigkeit der Abholzung konnte jedoch nicht gefällt werden, da die bremischen Behörden von der bereits erfolgten Fällaktion erst durch die Presseberichterstattung Kenntnis erlangten.

Die Prüfung der Zulässigkeit eines solchen Vorhabens erfolgt in Bremen auf zwei rechtlichen Grundlagen:

Erstens, naturschutzrechtliche Bestimmungen: Um die Waldumwandlungen in eine andere Nutzungsart mit erheblichen Umweltauswirkungen einer Genehmigung unterziehen zu können, wurde im Bremischen Naturschutzgesetz durch Paragraph 12 Absatz 2 a ein Genehmigungstatbestand eingeführt. Danach ist für Eingriffe, die einer Umweltverträglichkeitsprüfung bedürfen, eine Genehmigung zu beantragen und unter Beachtung der Vorschriften des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes zu erteilen. Im Rahmen der Genehmigung wäre dann entschieden worden, ob und unter Einhaltung welcher Auflagen zur Kompensation eine Abholzung des Wäldchens zulässig gewesen wäre. Ein Antrag auf Überführung des Waldes in eine andere Nutzungsart wurde nicht gestellt. Ob nach Paragraph 12 Absatz 2 a des Bremischen Naturschutzgesetzes ein Genehmigungserfordernis vorlag, kann im Nachhinein nicht mehr festgestellt werden.

Zweitens, artenschutzrechtliche Bestimmungen: Artenschutzrelevante Belange, die den Baumfällungen möglicherweise entgegenstehen können, hätten nach Antrag auf Befreiung von artenschutzrechtlichen Vorschriften geprüft werden können. Ein solcher Antrag wurde jedoch nicht gestellt. Nach bereits erfolgter Abholzung kann nicht mehr festgestellt werden, ob gegen die Schutzvorschriften des Artenschutzes verstoßen wurde.

Die Bremische Baumschutzverordnung, auch in der Fassung vor 2002, sieht einen Individualschutz von Laubbäumen vor. Daher findet sie in Wäldern keine Anwendung.

Zu Frage drei: Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr prüft im Rahmen der anstehenden Novelle des Bremischen Naturschutzgesetzes, wie Waldgrundstücke vor der Umwandlung in andere Nutzungsformen besser geschützt werden können.

Vizepräsident Ravens: Eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich entnehme dem jetzt aber, dass es durchaus Möglichkeiten gegeben hätte, ich sage einmal, von den rechtlichen Grundlagen her, einzugreifen, dass es aber zu spät bekannt wurde. Nach meinem Wissen ist es aber so, dass diese Abholungsaktion sich über mindestens eine Woche hingezogen hat und es am ersten Tag in der Presse stand. Das kann ich einfach nicht nachvollziehen, warum man dann nicht hätte zumindest einschreiten können, nachdem die ersten Bäume gefallen sind und nicht erst alle.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Da kann ich Ihnen auch vorlesen, was noch auf meinem Zettel steht, weil es vielleicht ganz interessant ist:

Nicht unerwähnt bleiben soll die nicht unspektakuläre Möglichkeit des Eingreifens mittels Polizeirecht. Danach hätte bei vorheriger Kenntnis eines im oben genannten Sinne beabsichtigten Verstoßes gemäß Paragraph 10 Absatz 1 des Bremischen Polizeigesetzes die Fällaktion durch polizeiliche Maßnahmen verhindert werden können. Angesichts der mehr oder weniger diffusen Rechtslage ist diese Maßnahme nicht ernsthaft diskutiert worden. Insbesondere wäre sie mit erheblichen Rechtsrisiken behaftet gewesen.

Das sage ich so ganz offen, weil ich mir die Frage auch gestellt hätte. Ich glaube, schon die Beantwortung zu Ihrer Frage zwei zeigt, dass wir an der einen oder anderen Stelle der naturschutzrechtlichen Vorschriften, die wir haben, schon noch den Handlungsbedarf auch insoweit haben, dass irgendwie auch etwas sanktioniert werden muss, wenn es nicht in Ordnung ist. Auch dazu fehlen die rechtlichen Möglichkeiten nach dem bisherigen Stand.

Es gibt da noch diverse Punkte, bei denen man gesagt hat, das ist die Betrachtung, aber selbst wenn man es aufgegriffen hätte, dann wäre es im Sande verlaufen beziehungsweise mit einer Ermahnung, aber hätte nicht mit einem kräftigen Bußgeld geendet. Insofern gibt es an der einen oder anderen Stelle Handlungsbedarf. Wir werden da sicherlich in der nächsten Zeit Vorschläge machen.

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Qualität der Brustkrebsbehandlung in Bremen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Kastendiek und Fraktion der CDU.

Ich bitte Frau Dr. Mohr-Lüllmann, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele Brustkrebs-Erstoperationen, aufgeteilt nach Frauenkliniken, werden in der Stadt Bremen im Jahr durchgeführt?

Zweitens: Warum ist das Klinikum Mitte nicht nach den Eusoma-Kriterien zertifiziert worden, sondern nach den Kriterien der Deutschen Krebsgesellschaft?

Drittens: Auf welchen Kriterien beruhen die Disease-Management-Programme-Verträge anderer Bundesländer, und wie viele Krankenhäuser sind nach den Kriterien der Eusoma im Bundesgebiet zertifiziert?

Vizepräsident Ravens: Zur Beantwortung hat das Wort Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Im Land Bremen treten pro Jahr rund 450 neue Brustkrebsfälle auf. Dem Senat ist die exakte Anzahl an Brustkrebs-Erstoperationen pro Krankenhaus nicht bekannt.

Zu zwei: Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales hat frühzeitig die für eine Bewerbung als Brustzentrum grundsätzlich geeigneten gynäkologischen Kliniken der Bremer Krankenhäuser auf die Kriterien der European Society of Mastology, Eusoma, hingewiesen.

Die Bewerbung für eine Zertifizierung als Brustzentrum erfolgt in Bremen in Eigenregie der Krankenhäuser. Die Eusoma führt selbst keine Zertifizierung durch. Somit erfolgte im Jahr 2003 eine Zertifizierung des Brustzentrums am Klinikum Bremen-Mitte, vormals Zentralkrankenhaus Sankt-Jürgen-Straße, durch die Deutsche Krebsgesellschaft. Die Zertifizierung orientiert sich an den Eusoma-Kriterien, unterschiedliche Auslegungen, zum Beispiel im Zusammenhang mit interdisziplinären Fallkonferenzen, haben jedoch bislang nicht zu einer vollständigen Umsetzung geführt.

Zu drei: Für die Einführung der DMP Brustkrebs steht das Ziel einer interdisziplinären, professionen- und sektorenübergreifenden Behandlung in qualifizierten Einrichtungen im Vordergrund.

Die DMP Brustkrebs orientieren sich an den Kriterien von Eusoma wie auch an weiteren Leitlinien wie zum Beispiel im Zusammenhang mit Brustkrebsscreening die „European guidelines for quality assurance in mammography screening“, die so genannten EUREF-Leitlinien.

Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales hält es für sinnvoll und notwendig, im Zusammenhang mit Brustzentren als Bestandteil des DMP die Kriterien von Eusoma vollständig umzusetzen, und wird diese Haltung auch gegenüber den Vertragspartnern verdeutlichen.

In Deutschland wurde bislang lediglich ein DMP Brustkrebs in Nordrhein akkreditiert.

Dem Senat ist die Anzahl der nach Eusoma-Kriterien zertifizierten Brustkrebszentren im Bundesgebiet nicht bekannt. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Wünschen Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Frau Senatorin, die SPD-Europaabgeordnete Frau Jöns bemängelte kürzlich zum wiederholten Mal die zu geringen Fallzahlen von Brustkrebs-Erstoperationen an Bremer Frauenkliniken. Ist es vor diesem Hintergrund des Vorwurfs nicht essentiell zu wissen, wie hoch diese Fallzahlen konkret sind, und woher kommt die Zahl 450?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Wie ich das verstanden habe, wir sind mit Frau Jöns auch des Öfteren im Gespräch, beharrt sie immer zu Recht, das teilen wir, auf der Einhaltung der Eusoma-Kriterien. Da gibt es eine Differenz zwischen Frau Jöns und der Behandlung hier im Klinikum Mitte. Da geht es darum, dass nicht die Fallzahlen, also diese 150 Erstoperationen, in Frage gestellt werden, sondern sie verlangt, dass die Operateure, die dort tätig sind, ausschließlich Brustoperationen durchführen, also nur und ausschließlich Brustoperationen. Das wird vom Brustzentrum noch anders gesehen. Es gibt noch eine Differenz, was die Einschätzung der Anzahl der Fallkonferenzen betrifft.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Aber noch einmal zu der Frage: Woher stammt die Zahl 450,

und ist es nicht wichtig, die Fallzahlen vor dem Hintergrund dieses Vorwurfs konkret für jede einzelne Frauenklinik aufzuschlüsseln?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Das müssen wir differenzieren. Die Zertifizierung, die jetzt auch die Krebsgesellschaft herausgegeben hat, nennt als Qualitätsstandard diese 150 Erstoperationen, und das muss dokumentiert sein. Da hilft uns, glaube ich, die Frage, wie viel neue Brustkrebsfälle insgesamt in Bremen aufgetreten sind, ja nicht weiter, sondern es muss für jedes Zentrum, das Brustkrebszentrum werden will, nachgewiesen werden. Das wird dokumentiert, muss dokumentiert werden.

Ihre Frage zu eins, danach habe ich mich auch erkundigt, da sagen unsere Fachleute, wenn man diese so beantworten will, wie sie gestellt ist, dann müssten wir in allen Operationsbüchern aller Bremer Kliniken recherchieren und alle Operationen zusammentragen.

Aus meiner Sicht ist es wichtig, dass die Qualitätskriterien für ein Brustzentrum eingehalten werden, und wir sind auch weiter mit unseren Vertragspartnern im Gespräch, dass die Eusoma-Kriterien Standard sind. Das gilt jetzt insbesondere für die in Verhandlung befindlichen DMPs für Brustkrebs.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Ich bin eigentlich immer noch bei der ersten: Die 450, was ist das für eine Zahl?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Das ist die Zahl der Brustkrebsfälle, die insgesamt aufgetreten ist, also in allen Bremer Krankenhäusern, nicht sortiert nach einzelnen Krankenhäusern.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Aus dem Bremer Krebsregister oder der Tumornachsorge-Leitstelle?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Woher die Zahlen jetzt genau kommen, kann ich Ihnen nicht sagen. Das hat meine Verwaltung ermittelt, aber wo sie jetzt ermittelt hat, da bin ich, ehrlich gesagt, überfragt.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Darf ich noch dazu fragen, weil es natürlich genau der entscheidende Punkt ist, wenn das Bremer Krebsregister von der Zahl von 450, die mir auch bekannt ist, spricht, so erfasst diese Zahl nur die Bremer Patientinnen! Die Frage ist: Wie viele Fälle werden hier in den Häusern operiert? Das verzerrt entscheidend das Bild, weil wir aus dem Umland entsprechend viele Patienten auch noch operieren. Meine Frage: Verzerrt das nicht vollkommen das Bild, wenn man mir in der Antwort Ihrer Behörde 450 Fälle im gesamten Stadtgebiet Bremen als Antwort gibt?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Da müssen wir uns noch einmal über die Zielrichtung Ihrer Anfrage unterhalten. Ich habe Sie so verstanden, das ist auch völlig berechtigt, dass Sie sich Sorgen machen über die Kriterien und die Qualitätsstandards und dass Sie auch großen Wert darauf legen, genauso wie ich, dass die Kriterien der Eusoma zum Beispiel, die jetzt Leitlinie sind, eingehalten werden.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Ich glaube, ich frage dort an anderer Stelle noch einmal nach. Ich hätte aber vielleicht doch noch zu der Antwort zwei eine Frage! Da heißt es in Antwort zwei, dass die interdisziplinären Fallkonferenzen bislang nicht zu einer vollständigen Umsetzung geführt haben. Grundlage einer Zertifizierung nach den Kriterien der Deutschen Krebsgesellschaft, die übrigens auch angelehnt sind an Eusoma, ist zum Beispiel, dass diese interdisziplinären Fallkonferenzen regelmäßig durchgeführt und auch dokumentiert werden, durchgängig. Was heißt dann in diesem Zusammenhang in der Antwort „vollständig“ oder eben „nicht vollständig“, und ab welchen Kriterien kann sich eine Patientin hier sicher fühlen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Das habe ich eben schon einmal erläutert. Natürlich werden Fallkonferenzen durchgeführt, das ist auch in der Zertifizierung der Krebsgesellschaft so angelegt. Diese Vollständigkeit bezieht sich auf die Eusoma-Kriterien. Weder in Bremen noch in Nordrhein-Westfalen noch in Niedersachsen wird die Eusoma-Richtlinie zurzeit hundertprozentig in allen einzelnen Detailpunkten umgesetzt. Das ist auch der Punkt, wo wir hier geschrieben haben, dass nicht die Eusoma-Kriterien hundertprozentig umgesetzt sind, sondern in die-

sen beiden Punkten, die ich vorhin schon erläutert habe, gibt es Abweichungen von der hundertprozentigen Vorgabe.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Wichtig wäre ja zu wissen, woher Sie wissen, dass sie nicht vollständig umgesetzt werden! Weiß man das aus den einzelnen Häusern, oder kann es unter Umständen auch möglich sein, dass das eine oder andere Haus es dennoch vollständig umsetzt?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Was wir jetzt hier geantwortet haben in Frage zwei, bezieht sich ausdrücklich auf das einzige zertifizierte Brustzentrum, das wir in Bremen haben, nämlich das Klinikum Mitte. Alle anderen sind noch nicht zertifiziert. Deswegen können wir auch nur an dieser Zertifizierung die Kriterien messen. Alle anderen müssen erst noch unter Beweis stellen, dass sie diese Kriterien erbringen. Deswegen habe ich gerade kürzlich noch einmal die Krankenhausgesellschaft angeschrieben und dringend aufgefordert, wenn sie sich in diesen Prozess einer Anerkennung eines Brustzentrums begeben, dass die Kriterien der Eusoma auch auf jeden Fall beachtet werden.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Dann verstehe ich es richtig, dass hier mit dieser Antwort das Klinikum Mitte gemeint ist?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Richtig! Es steht aber auch so explizit darin.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Sie sagen in Antwort drei, dass Sie es für notwendig halten, in den DMP die Eusoma-Kriterien vollständig umzusetzen. Ist es aber nicht eigentlich so, dass genau das die Aufgabe der Selbstverwaltung ist, die DMP-Verträge zu gestalten, und das gar nicht in der Hand des Senats liegt? Das hatten wir gestern an anderer Stelle sehr ausführlich erörtert, was die Abgrenzung der Aufgaben des Ressorts und der KV ist. Wenn Sie aufgrund Ihrer Fachaufsicht denken, dass Sie intervenieren müssen, müssten Sie dann nicht auch viel konkreter beschreiben, was es heißt, Eusoma vollständig umzusetzen, weil diese Verträge nämlich kurz vor der Unterschrift stehen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: So ist es! Die erste Einschätzung ist völlig richtig. Das ist Aufgabe der Selbstverwaltung. Wir können da nicht eingreifen und intervenieren und vorschreiben, sondern wir können allenfalls auffordern und natürlich auch unsere Kompetenzen einbringen. Das ist ganz klar, aber wir können sie nicht von oben her mit Bescheid oder Verordnung oder wie auch immer zwingen, sondern wir sind mit den Krankenkassen im Gespräch, mit der Krankenhausgesellschaft. Die Krankenkassen haben in einer Pressemitteilung noch einmal ganz deutlich gemacht, dass sie sich auf den Standpunkt stellen, dass diese Kriterien beim DMP einzuhalten sind. Von daher bin ich auch zuversichtlich, dass es mit den Vertragspartnern gelingen wird, das so festzuschreiben.

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist auch diese Anfrage beantwortet. Vielen Dank, Frau Senatorin!

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Wirtschaftlichkeit der Trainingsrennbahn**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Möhle, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Abgeordneter Möhle, bitte stellen Sie die Anfrage!

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Warum wurde der Beschluss der Stadtbürgerschaft, die Trainingsrennbahn einer neuen Wirtschaftlichkeitsprüfung zu unterziehen und der Deputation bis Mitte Oktober 2003 über das Ergebnis zu berichten, bis heute nicht umgesetzt?

Zweitens: Wann wird die Prüfung abgeschlossen sein, und wann werden die Ergebnisse vorgestellt?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu den Fragen eins und zwei: Mit Beschluss vom 11. September 2003 hat die Stadtbürgerschaft das Wirtschaftsressort gebeten, den Bau einer neuen Trainingsrennbahn in enger Abstimmung mit den privaten Investoren einer erneuten Prüfung bezüglich der Notwendigkeit und der Wirtschaftlichkeit zu unterziehen.

Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen durch den angekündigten Weggang des Trainers Wöhler war es zunächst erforderlich, neue Trainer zur Erreichung einer betriebswirtschaftlich ausreichenden Belegung der geplanten Boxen zu gewinnen. Erst auf dieser Basis sieht sich der private Investor in der Lage, über die Wirtschaftlichkeit und die Realisierung seiner Investition zu entscheiden. Dies wird in Kürze geschehen.

Ein Sachstandsbericht an die Deputation für Wirtschaft und Häfen zur Frage der Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit der Trainingszentrale wird deshalb erst in der nächsten Sitzung am 10. März 2004 erfolgen.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich gehe davon aus, dass die Stadtbürgerschaft den Beschluss gefasst hat unter der Drucksachen-Nummer 16/25 S. Da steht nämlich, dass Sie bis Mitte Oktober 2003 genau über das, was Sie eben geschildert haben, hier im Haus berichten sollen. Um es deutlich zu sagen, das ist ein Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD. Es ist aber ein Beschluss der Stadtbürgerschaft.

(Zuruf der Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich frage Sie: Sind Sie bereit, die Beschlüsse der Stadtbürgerschaft zu akzeptieren und auch die Zeitplanung, die hier beschlossen wurde, einzuhalten? Irgendwie fühle ich mich als Parlamentarier, ehrlich gesagt, nicht ganz ernst genommen. Wenn das Haus hier einen Beschluss fasst, Sie mögen die Prüfung bitte bis dann vorlegen, und es passiert nicht, dann ist das offensichtlich nicht in Ordnung.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Herr Abgeordneter, wir haben zwischendurch auf viele Sachverhalte hingewiesen, insbesondere auf den, der Ihnen auch außerordentlich vertraut sein müsste, dass der Investor, um den es geht - ich will den Namen hier nicht nennen, aber Sie kennen ihn auch -, in Verhandlung treten muss mit Trainern, die ihre Pferde im Moment nicht irgendwo in einem Wohnwagen stehen haben, sondern irgendwo in festen Boxen, gemietet oder in eigenem Eigentum. Die müssen, wenn sie ihren Standort verlagern wollen oder sollen und nach Bremen gehen sollen, diese Entscheidung vorbereiten, dann müssen sie prüfen, zu welchen Terminen sie kündigen können, wann sie hier beginnen können. Der Investor muss sagen, wann bei ihm der Break-even-Point erreicht

ist, wie viele Pferde er braucht, um die Rentabilität für seine eigene, wohl gemerkt, für eine eigene Investition überprüfen zu können.

Da ist es so: Die Bürgerschaft hat so beschlossen, und ich habe in der Debatte ausdrücklich gesagt, dass wir diesen Termin so natürlich nehmen, dass ich aber darauf verweisen muss, dass nicht ich die Verhandlungen führe, sondern dass wir dem Investor Zeit geben wollen, damit er diese Verhandlungen mit den Trainern führen kann und dass die Trainer das im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten tun müssen.

Das Kriterium, wann Sie welche Informationsbedürfnisse haben, nehme ich sehr ernst. Ich kann Ihnen aber nur die Informationen zur Verfügung stellen, die der Investor uns selbst gibt. Ich warne ein bisschen davor, diese Investoren, die sich mit großem persönlichen Engagement um diesen Sport bemühen und um den Standort Bremen, so zu behandeln, als seien sie kleine Bittsteller, die gefälligst alle 14 Tage hier bei uns anzutreten und zu berichten haben, wann sie mit welcher Planung, mit welchem Gespräch, mit welchem privaten anderen Partner so weit sind.

Wir haben uns bemüht, in der gebotenen Form mit dem Investor und den Investoren so zu reden. Ich kann Ihnen dieses Ergebnis mitteilen: Ich bin mit diesem Ergebnis auch als Zwischenergebnis zufrieden, weil es so aussieht, dass der Investor offensichtlich den Eindruck hat, er bekäme es hin. Ob er es dann wirklich hinbekommt, werden wir Ihnen im März mitteilen können. Ich kann es nur nicht früher mitteilen. Das hat nichts mit der Missachtung des Parlaments zu tun, sondern es hat etwas mit dem Respekt auch vor Investoren zu tun, die an unserem Standort investieren wollen und die in eine Sportart investieren wollen, die für uns interessant ist, weil damit die zweitgrößte Sportstätte in Bremen betrieben wird.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen): Es geht in dieser Frage unter anderem um die Absicht, Investitionen, Mittelvergabe der Stadt zu prüfen. Die Sozialdemokraten haben öffentlich bekundet, dass sie alle Investitionen auch noch einmal auf den Prüfstand stellen wollen. Ich nehme an, dass die Absicht, das bei diesem Projekt auch zu machen, genau dem geschuldet ist. Ich frage Sie jetzt: Sind Sie als Senator für Wirtschaft und Häfen überhaupt bereit, diese Frage so zu prüfen, dass man auch möglicherweise von dem Schritt, diese Investition zu tätigen, wekommt? Zweitens erinnere ich noch einmal daran, dass es einen Be-

schluss der Stadtbürgerschaft gibt, dass Sie hier vor diesem Haus berichten sollen.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Herr Abgeordneter, wenn es zu dieser Investition kommt, entscheidet darüber der Haushaltsgesetzgeber.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen): Meine Frage ist ja, ob Sie überhaupt bereit sind, die Prüfung ernsthaft vorzunehmen!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Ja, wir bereiten die Entscheidung vor, aber sie wird natürlich dann in den Gremien entschieden.

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff „**Umgestaltung des Woltmershauser Marktplatzes**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Wangenheim, Dr. Sieling, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Frau Wangenheim, ich bitte Sie, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist die Ausschreibung für die Erweiterung des Marktplatzes an der Dötlinger Straße gelaufen?

Zweitens: Wann ist mit der Vergabe der Aufträge zu rechnen?

Drittens: Wann ist mit der Fertigstellung der Umbauarbeiten des Platzes zu rechnen, und kann die Zeitvorgabe der Stiftung eingehalten werden?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Ausschreibung für die Bauarbeiten Umbau Marktplatz Woltermershausen/Dötlinger Straße wurde am 23. Dezember 2003 in den amtlichen Publikationsorganen veröffentlicht. Die Anforderungsfrist für die Ausschreibungsun-

terlagen endete am 19. Januar 2004. Die Angebotseröffnung, Submission, ist voraussichtlich in der neunten Kalenderwoche 2004.

Zu Frage zwei: Es wird angestrebt, dem Vergabeausschuss in seiner Sitzung am 11. März 2004 den Vergabevorschlag des Amtes für Straßen und Verkehr zur Zustimmung vorzulegen.

Zu Frage drei: Der Baubeginn der Maßnahme ist innerhalb von zwölf Werktagen nach Auftragserteilung. Die vertraglich vorgegebene Bauzeit beträgt 144 Werktage. Mit der Fertigstellung der Baumaßnahme ist gemäß Vorgabe der Ausschreibungsunterlagen in der letzten Augustwoche zu rechnen. Es wird angestrebt, die Maßnahme bis Ende Juli fertig gestellt zu haben. Damit können die Zeitvorgaben der Stiftung „Wohnliche Stadt“ - Baubeginn der geförderten Maßnahme spätestens am 30. September 2004 - eingehalten werden.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD): Kann sichergestellt werden, dass die Baumfällaktionen, es werden im Moment viele gefällt, vielleicht bei uns wegen der Vegetationsperiode nicht ganz termingerecht stattfinden? Wenn Sie jetzt hier sagen, Ausschreibung bis zur neunten Kalenderwoche, so habe ich mir herausgesucht, dass das bis zum 28. Februar ist, und bis Ende Februar müssten die Bäume dann vielleicht auch gefällt werden. Nicht dass wir dann nicht bauen können, weil die Bäume gerade nicht gefällt worden sind!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Ich werde das aufnehmen, aber ich gehe davon aus, dass das entsprechend berücksichtigt und sichergestellt wird, sonst macht das keinen Sinn. Aber den Aufruf zum Baumfällen nehme ich jetzt mit aus der Bürgerschaft.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD): Die Erweiterung dieses Marktplatzes gehört für mich in die Kategorie Wunder dauern etwas länger. Im April stand die Finanzierung, und am 6. Oktober hat der Beirat dem Kunstwerk zugestimmt. Finden Sie die Zeitspanne in Ordnung, dass dann am 23. Dezember endlich die Ausschreibung hinausgeht?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Ich finde, wichtig ist, dass wir das, was wir uns vorgenommen haben, dies irgendwann im Sommer 2004 auch fertig zu haben, erreichen werden, und vor diesem Hintergrund

gibt es manche Sachen, ich kann es im Einzelfall nicht sagen, woran es gelegen hat, dass das vielleicht zwei bis drei Wochen länger als notwendig gelegen hat, aber wichtig ist, dass wir insgesamt den Zeitplan einhalten. Es kann durchaus immer einmal sein bei den Wundern der öffentlichen Verwaltung, dass einmal ein Mitarbeiter krank ist oder sich im Urlaub befindet, und die Weitergabe der Unterlagen läuft dann nicht immer so wie in der einen oder anderen Privatwirtschaft. Die Erfahrung konnte ich in den letzten sieben Monaten schon einmal sammeln. Deswegen kann ich Ihnen das jetzt nicht sagen.

Wenn es Sie genauer interessiert, kann ich gern noch einmal genauer nachforschen, woran es gelegen hat, aber ich glaube, das entscheidende Ergebnis ist, Frau Wangenheim, dass diese Maßnahme für Ihren Ortsteil, Sie sind da ja sehr engagiert vor Ort, die über viele Jahre besprochen und häufig zugesagt wurde, jetzt endlich umgesetzt wird. Ich finde, das ist das wichtige Ergebnis, und das werden wir erreichen, und zwar auch im Rahmen dessen, was wir zugesagt haben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD): Das stimmt! Mein erster Schriftverkehr war damals mit Senator Perschau 1998.

(Senator Eckhoff: Sehen Sie!)

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte und damit letzte Anfrage trägt die Überschrift „**Ärztliche Gutachten zur Reisefähigkeit**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Brumma, Kleen, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Brumma** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Trifft es zu, dass im Fall eines Togoers statt der üblichen Begutachtung zur Reisefähigkeit von abzuschiebenden Ausländern durch das Gesundheitsamt ein privatärztliches Gutachten eingeholt wurde?

Zweitens: Beabsichtigt der Senat, auch künftig von der bisher üblichen Praxis der Begutachtung durch das Gesundheitsamt abzuweichen?

Drittens: Gibt es fachliche oder politische Gründe dafür, eine objektive Begutachtung durch das Gesundheitsamt zu bezweifeln?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet durch Staatsrat Dr. vom Bruch.

Staatsrat Dr. vom Bruch: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zur Frage eins: In einem Einzelfall wurde ein Gutachten zur Feststellung der Reisefähigkeit von einem regelmäßig von den Sozialgerichten in vergleichbaren Fällen beauftragten Arzt eingeholt.

Zu den Fragen zwei und drei: Das Verfahren bei der Erstellung ärztlicher Gutachten zur Feststellung der Reisefähigkeit ist bundesweit unterschiedlich geregelt. Die Gutachten werden entweder von Gesundheitsämtern, Polizeiarzten, im Justizvollzug eingesetzten Ärzten, in den zentralen Ausländerbehörden beziehungsweise Abschiebehafteinrichtungen fest angestellten Ärzten oder von Vertragsärzten durchgeführt. Die Innenministerkonferenz hat im November 2002 einen Beschluss gefasst, wonach die Begutachtung einer behaupteten Flugreiseuntauglichkeit möglichst kurzfristig einem Kreis besonders qualifizierter Ärzte übertragen werden soll, sofern diese Frage im Zusammenhang mit vorgetragener Suizidgefahr oder einem posttraumatischen Belastungssyndrom steht. Welche Konsequenzen gegebenenfalls aus dem Beschluss der Innenministerkonferenz für Bremen gezogen werden, ist noch nicht entschieden. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Brumma** (SPD): Das Verfahren war so üblich, dass man das bisher über das Gesundheitsamt gemacht hat. Das wird auch von der Ärztekammer Bremen begrüßt. Auch wurde das Verfahren ähnlich von der Ärztekammer Hamburg begrüßt und soll da auch übernommen werden. Was sagt die Ärztekammer zu diesem neuen Verfahren?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. vom Bruch: Die Ärztekammer hat sich in einem bei uns jüngst eingegangenen Schreiben in der Tat für die Beibehaltung der bisherigen Praxis ausgesprochen. Wir werden das als eine Meinungsäußerung sicherlich zu berücksichtigen haben. Wir werden dementsprechend Entscheidungsprozesse für die Zukunft natürlich unter Einbeziehung aller dieser relevanten Meinungsäußerungen zu führen haben.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Brumma** (SPD): Ich habe noch eine Frage hinsichtlich Bremerhavens. In der Koalitionsvereinbarung soll auch eine einheitliche Vorgehensweise mit Bremen geplant werden, dass eben auch das Gesundheitsamt überprüfen soll. Wie sieht der Stand dessen aus? Muss das alles wieder geändert werden, oder bleibt es beim Alten, dass in Bremerhaven unterschiedlich verfahren wird? Wann gibt es da Klarheit?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. vom Bruch: Wann diese Klarheit bestehen wird, kann ich Ihnen nicht definitiv sagen. Wir wollen Erfahrungen sammeln auch mit der Einbeziehung externer Gutachter. Das ist in einem Einzelfall geschehen. Ich habe Ihnen vorgetragen, dass wir uns, auch was die Zukunft anbelangt, diesbezüglich noch nicht festgelegt haben. Das ist auch deshalb nicht tunlich, weil wir beobachten wollen, was in anderen Bundesländern diesbezüglich entschieden wird, wie dort verfahren wird, und deshalb ist auch eine Koordinierung mit Bremerhaven noch nicht erfolgt. Wenn wir uns konzeptionell auch in Zusammenarbeit mit den bisherigen Trägern dieser Untersuchung geeinigt haben, dann werden wir sicherlich auch Bremerhaven in diese Überlegungen insgesamt einzubeziehen haben.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte, Herr Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat Dr. vom Bruch, was Sie noch nicht gesagt haben, waren die Gründe, warum in diesem Einzelfall von der bisherigen Praxis zum ersten Mal abgewichen wurde und dieser private niedergelassene Arzt beauftragt wurde.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. vom Bruch: Ich habe Ihnen vorgetragen, Herr Abgeordneter, dass insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland, durch die Innenministerkonferenz auch initiiert, Überlegungen stattfinden, wie man die Untersuchungen in diesem Bereich zukünftig auf eine breitere Grundlage stellen kann. Es handelt sich bei diesen Belastungssyndromen zum Teil um sehr schwierig zu diagnostizierende Sachverhalte, und der Grund ist, dass wir eine möglichst breite Kompetenz, die wir hier in unserem Land haben, die anerkannt ist, in die Frage der Begutachtung einbeziehen wollen.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Heißt das, dass es keinen speziellen Grund gab, in diesem Einzelfall nun zum ersten Mal diese neue Praxis anzuwenden?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. vom Bruch: Genau das heißt es!

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Ist diese Position, die Sie jetzt vorgetragen haben, zwischen Ihrem Haus, Senator für Inneres und Sport, und der Senatorin für Gesundheit abgestimmt? Ist das eine Position, die auch das Ressort Gesundheit teilt?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. vom Bruch: Ich kann nicht genau einschätzen, ob das Sozialressort diese Einschätzung genau teilt. Ich habe Hinweise, dass das möglicherweise nicht der Fall sein dürfte oder könnte. Der Bedarfsträger für diese Untersuchung ist aber zunächst einmal die Innenbehörde. Ich habe Ihnen vorgetragen, dass diese Abweichung von der Regel in diesem Einzelfall auch nicht bedeutet, dass wir die Regel grundsätzlich in Frage stellen, schon gar nicht damit verbunden ist die Untersuchungspraxis in der Vergangenheit. Insofern wird, wenn wir zu dauerhaft anderen Überlegungen kommen, sicherlich diese Koordinierung mit der Gesundheitsbehörde stattzufinden haben.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Heißt Letzteres, dass Sie, um dauerhaft vom Gesundheitsamt weg zu niedergelassenen Ärzten zu gehen in dieser Frage, die Zustimmung der Senatorin für Gesundheit benötigen und auch einholen und dass, wenn diese nicht vorliegt, es bei der bisherigen Praxis bleibt?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. vom Bruch: Wir werden keine Genehmigung einholen, weil diese Genehmigung der falsche Begriff wäre, aber wie immer in diesem Bundesland werden wir einen Abstimmungsprozess einleiten mit dem Ziel, ein Einvernehmen herzustellen.

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Vielen Dank, Herr Staatsrat!

Damit sind wir am Ende der Fragestunde angelangt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Happy End einer unendlichen Geschichte: Hollerland tabu für Bebauungspläne der großen Koalition.

Dazu als Vertreter des Senats Senator Eckhoff.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt muss endlich Schluss sein mit dem Theater um das Hollerland. Ich hoffe wirklich inständig, muss ich sagen, dass das meine letzte Debatte in diesem Haus ist zur Anmeldung des Hollerlandes als Flora-Fauna-Habitat-Gebiet. Ich hoffe auch, dass es wirklich so ist, dass man der Bürgerinitiative zum Erhalt des Hollerlands endlich gratulieren kann.

Wir Grünen fordern den Senat auf, jetzt die von der Europäischen Union geforderte Nachmeldung des restlichen Hollerlandes umgehend durchzuführen. Die große Koalition macht sich aus Sicht von uns Grünen wirklich lächerlich, wenn sie nun weiter blockiert und wenn sie weiterhin auch den Technologiepark dort nach Norden ausdehnen will.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen, vielleicht erinnern Sie sich, von 1999 zugestimmt und das entsprechend umgesetzt hätten, dann hätte viel Zeit, viel Geld und viel Humankapital produktiver eingesetzt werden können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Doch statt hier nach europäischem Recht zu handeln, was hat die große Koalition gemacht? Sie hat gestritten, gezerrt, Gutachten erstellen lassen und die Verwaltung immer wieder beschäftigt. Bitte hören Sie mit solch einem Unsinn auf!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Senator Eckhoff, das muss ich jetzt so persönlich sagen, man muss auch verlieren können. Das macht auch eine Größe aus, wenn man Fehler zugeben und auch verlieren kann. Wenn Sie jetzt aber sagen, dass der Schlammpeitzger neu gezählt werden soll, dann ist das wirklich kein

Ausweg für Helden. Dann ist das zum x-ten Mal die Wiederholung der gleichen Verliererstrategie.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich erinnere daran, das ist so eine Endlosschleife, als ich ins Parlament gekommen bin und den Antrag 1999 gestellt habe, wissen Sie, was Herr Hattig da gemacht hat? Er hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, zu den 25 bestehenden Gutachten hat er das nächste Gutachten in Auftrag gegeben, den Schlammpeitzger zählen zu lassen. Dann ist herausgekommen, dass es für den Schlammpeitzger ein bedeutendes Gebiet ist und für das Überleben dieser Art essentiell, dass das Hollerland entsprechende Schutzwürdigkeit genießt, und genau dieselbe Schleife wollen Sie jetzt noch einmal laufen. Lassen Sie es sein, es hat keinen Sinn!

Abgesehen von dem Naturschutzaspekt und dem Umweltgedanken ist es natürlich auch aus finanziellen Gründen extrem wichtig, dass Bremen jetzt unbedingt meldet. Die EU hat sich mehrmals breitschlagen lassen und war bereit, das Zwangsgeldverfahren ruhen zu lassen. Aber es ist klar nach den letzten Gesprächen, wenn jetzt die Länder nicht so melden wie in den bilateralen Gesprächen mit der Europäischen Kommission abgesprochen, dann wird sie das Zwangsgeldverfahren wiederbeleben. Das heißt, dass dann Strafzahlungen in Höhe von 750.000 Euro täglich auf Deutschland zukommen, und es ist klar, dass dies die Bundesländer zu zahlen haben. So etwas kann sich der Bremer Haushalt weiß Gott nicht leisten. Also lassen Sie es!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein Punkt wird in letzter Zeit immer wieder angesprochen: Es wird gesagt, ja, gut, wir melden, aber gleich wird wieder betont, wenn es FFH-Gebiet ist, dann ist es trotzdem nicht für eine Technologieparkerweiterung tabu. Dann kommt das Stichwort Mühlenberger Loch in Hamburg. Es ist richtig, FFH bedeutet keinen hundertprozentigen Schutz, aber FFH heißt, dass die Latte sehr hoch gelegt ist, und, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU, so ganz einfach, wie Sie das machen, solche platten Analogieschlüsse zwischen Mühlenberger Loch und Hollerland, ist das wirklich ein bisschen schlicht.

Um das noch einmal deutlich zu machen, möchte ich noch kurz sagen, worum es beim Mühlenberger Loch geht! Da ging es darum, und es geht auch noch heute darum, dass ein bestehendes Flugzeugwerk in das Naturschutzgebiet hinein erweitert werden soll. Für diese Airbus-Werkerweiterung hat die Europäische Union in der Tat den FFH-Schutzstatus aufgehoben. Das Entscheiden-

de ist aber, vorher musste deutschlandweit nachgewiesen werden, dass es keine andere Alternative für die Teilproduktion des Großraumflugzeugs A 380 gibt. Das heißt, es muss eine Alternativenprüfung vorgenommen werden, und zwar nicht eine Alternativenprüfung, wie es in Bremen immer gemacht wird, wo alles weggewogen wird, und keiner schaut hin. Nein! Eine Alternativenprüfung, auf die die EU schaut und wo nachgewiesen werden muss, dass das Vorhaben im übergeordneten öffentlichen Interesse ist, ist im Einzelfall des Mühlenberger Lochs gelungen, aber ich prophezeie Ihnen, für das Hollerland gilt das in gar keinem Fall.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie müssen, und da bitte ich wirklich einmal, das ein bisschen zu konkretisieren, nachweisen, schlüssig überprüfbar machen, dass es in ganz Deutschland keine Alternativen für technologieorientiertes Gewerbe und Büros gibt. Das funktioniert nicht, weil es allein in Bremen genügend Alternativen gibt. Schauen wir doch nur in die alten Hafenviertel - Überseestadt - Airport-Stadt und so weiter! Das ist also völlig absurd, hier irgendwelche Vergleiche heranzuziehen, ohne sich dort im Detail mit der Sache zu beschäftigen. Zusammengefasst heißt das: Mit der Ausweisung als europäisches Naturschutzgebiet sind die Hürden so hoch gesteckt, dass ein Sprung über die Autobahn ins Hollerland nicht möglich sein wird.

Zum Schluss vielleicht noch ein letzter Punkt: Herr Eckhoff, im Ansatz haben Sie es ja auch begriffen, das habe ich gerade festgestellt, als ich den „Weser-Report“ gelesen habe. Im „Weser-Report“ vom 28. Januar haben Sie auf die Frage: „Was könnte in Bremen Anlass sein, das Hollerland wieder aus einem FFH-Schutz herauszulösen?“ geantwortet: „Zunächst müssen sicherlich alle Gebiete rund um den Technologiepark und um die Universität herum verplant sein. Insofern ist es richtig, jetzt die Westerweiterung vorzunehmen.“ Auf die Nachfrage des Journalisten vom „Weser-Report“, die hieß: „Also Richtung Campingplatz und Reitverein?“, antwortete Herr Eckhoff: „Ja, denn ohne eine vollständige Ausnutzung der Flächen im Technologiepark wird es sicherlich keine Möglichkeit geben, ins Hollerland zu gehen.“ Soweit das kürzliche Interview!

Wissen Sie was, meine Damen und Herren? An der Stelle habe ich gedacht: Wo bin ich eigentlich? Jetzt soll man sich das einmal überlegen, vielleicht liege ich falsch, aber überlegen Sie einmal, jetzt wird es richtig absurd: Der Senat will die Uniwildnis plattmachen, damit Sie sozusagen die

Möglichkeit haben, den FFH-Schutz vom Hollerland aufzuheben, weil es sonst schon eine eindeutige Alternative gibt, und das Ganze, das dazu kommt, ist keine hinreichende Voraussetzung, sondern eine notwendige Voraussetzung, und die wird nicht reichen.

Das heißt, hier wird Politik betrieben, die Natur kaputt macht, um irgendwelche strategischen Planspiele zu machen, die fernab jeder Vernunft und Realität sind. Wir Grünen fordern Sie jetzt, hoffe ich, zum letzten Mal auf, FFH kann ich nicht mehr hören: Melden Sie das an, und machen Sie dieser langen Tragödie ein Ende!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Imhoff.

Abg. **Imhoff** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aktuelle Stunde, Happy End einer unendlichen Geschichte! Unendliche Geschichte muss ich auch sagen, das kann ich jetzt einmal erläutern. Solange ich hier im Parlament bin, das ist noch nicht allzu lange, behandeln wir auch schon dieses Thema.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber nur wegen Ihnen!)

Seitdem es Thema ist, hätten die Grünen, ganz egal, was dort auch gewesen wäre, welche Pflanzen, welche Tiere, es grundsätzlich erst einmal gemeldet, wie bei Herrn Fücks, der erst einmal alles als Vogelschutzgebiet gemeldet hat und erst hinterher darauf gekommen ist, das war vielleicht doch nicht so gut. Nein, wir schauen da genauer hin!

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abg. Dr. Schuster [SPD])

FFH und Vogelschutzgebiete, die beinhalten die Natura 2000. Wir haben verschiedene Schutzgebietytypen, Landschaftsschutz, besonders geschützte Biotope, Naturschutzgebiete, Ausgleichsflächen, wir haben alles. Das Hollerland ist Naturschutzgebiet, und wir brauchen auch Naturschutzgebiete. Wenn Pflanzen, die Artenvielfalt, die wir in unserer Gesellschaft brauchen, dort vorkommen, ist das auch überhaupt kein Problem. Sie müssen nicht immer so tun, als wenn wir Probleme mit Naturschutzgebieten oder mit sonst irgendetwas hätten. Nein, wir schauen nur genauer

hin, und wir haben natürlich auch Gutachten machen lassen und Experten angehört.

Wir hatten die innerparteiliche Diskussion darüber. Die Wirtschaftsleute haben eher gesagt, dass es nicht angemeldet werden soll, das muss man auch ehrlich sagen, die Umwelteleute sagten, das ist ein Naturschutzgebiet, aber ich denke, es ist doch auch normal, dass man sich auch innerhalb einer Partei einmal darüber unterhält und diskutiert, welche Richtung wir einschlagen. Ich weiß nicht, wie das bei Ihnen ist, aber wir diskutieren viele Themen so durch, und ich denke, das ist auch gut so.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie beim Schulgesetz! Genau!)

Nach den ersten Anmeldungen, die erfolgt sind, kamen die ersten Nachmeldungen, bei denen Frau Dr. Mathes schon immer darauf hingewiesen hatte, dass sie nicht vollständig wären. Die Verbände haben auch noch bilateral gemeldet. Daraufhin kam die letzte Sitzung, in der wir eigentlich auch nicht schlecht abgeschnitten haben. Wenn wir das einmal anschauen, die Stromer Feldmark soll nachgewiesen werden, durch die Stromer Feldmark führt die A 281 entlang des GVZ, und selbst dort hat die Stadt schon so geplant, dass eine FFH-Verträglichkeitsstudie mit gemacht wurde. Es ist kein Problem gewesen, die A 281 wird gebaut, und deswegen können wir das alles auch weiterhin so handhaben.

Wenn wir meinen, wir haben ja die Option im Koalitionsvertrag stehen, dass wir die Technologieparkerweiterung über die Autobahn in das Hollerland machen,

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Das steht nicht darin!)

wenn wir den Schlammpeitzger im Hollerland haben, wir melden das Hollerland als FFH-Gebiet an, dann machen wir eine FFH-Verträglichkeitsstudie. Wenn dann dabei herauskommt, wir können dort wegen des Naturschutzes nicht hin, dann muss man sich etwas anderes überlegen. Wir haben aber damals erst einmal die Option mit unserem lieben Koalitionspartner so vereinbart, dass wir dort die Erweiterung machen können, wenn wir die Westerweiterung in der Uniwildnis abgeschlossen haben.

(Zurufe von der SPD)

Nun können wir Haarspalterei machen, Herr Sieling, das machen Sie ja ganz gern, wenn es Ihnen

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

nicht passt, aber Sie wissen schon genau, wie es läuft!

(Beifall bei der CDU)

Was gibt es sonst noch zum Hollerland zu sagen? Ich denke, wir haben drei Punkte mit den Nachmeldungen, die jetzt in Bonn besprochen worden sind. Das ist die Stromer Feldmark, das habe ich eben schon angesprochen, das Hollerland, da muss ich dem Herrn Senator Recht geben, wenn man nur an verschiedenen Wegen entlangfährt und dort in den Graben hineinschaut und den Schlammpeitzger sucht, weil die anderen Flächen so schlecht befahrbar sind, dann sollte man, wir melden es jetzt an, keine Frage, im Nachhinein wenigstens schauen - es ist ja erst einmal eine Anmeldung, keine Ausweisung - im gesamten Gebiet, ob es denn auch wirklich so ist.

Ich denke auch nicht, dass Sie ein Problem damit haben, denn Sie sagen immer, es gibt dort den Schlammpeitzger in Massen, obwohl Herr Focke ihn noch nicht gesehen hat, wie wir einmal gehört haben, oder Herrn Scherfs Hechte auch keine Wirkung gezeigt haben. Wir schauen da nach, und wenn das passt, dann passt das.

Ein weiteres wichtiges Thema, das mich persönlich auch immer verfolgt hat, ist bei den gesamten FFH-Ausweisungen der Wertverlust von Ländereien für die Bewirtschafter oder die Grundstückseigentümer. Irgendwann werden wahrscheinlich Bewirtschaftungsauflagen auf die Landwirte oder Grundstückseigentümer zukommen, und man muss nun sehen, wie man das in Zukunft behandelt. Ich denke, ein Weg wäre, dass wir über die Agrarmodulation, die momentan stattfindet, dass wir dort über das Programm Cross Compliance, das bedeutet, dass zwei Prozent der Subventionen eingespart und später für naturschutzfachliche Landwirtschaft wieder ausgegeben werden sollen, dort auch ein Stück weit diese Auflagen der FFH-Gebiete kompensieren können. Da müssen wir aber nach Möglichkeiten suchen, um das einigermaßen vernünftig hinzubekommen.

Im Großen und Ganzen denke ich, es war ein transparentes Verfahren. Wir haben uns viel gezankt und viel gestritten, aber man muss ja nicht immer einer Meinung sein. Wenn wir immer alle einer Meinung wären, wäre einer von uns ja dumm. Wir sind es jedenfalls nicht. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Wer dumm ist oder nicht, das wollen wir hier nicht weiter diskutieren. Ich habe allerdings für Herrn Focke, nicht, dass er noch nie einen Schlammpeitzger gesehen hat, noch ein Foto dabei, das kann ich Ihnen nachher geben.

(Beifall bei der SPD)

Es ist extra vergrößert, damit Sie wenigstens wissen, wenn Sie noch nie einen gesehen haben, wie es aussieht. Der ist nicht im Hollerland, sondern im Park Links der Weser fotografiert worden, da gibt es auch welche.

(Abg. Focke [CDU]: Da gibt es auch welche?)

Da gibt es auch welche, die sind nicht ganz selten!

Ich möchte aber vorweg zwei Korrekturen anbringen!

(Zuruf des Abg. Imhoff [CDU])

Frau Mathes hat einen, finde ich, doch sehr gravierenden Fehler in ihrer Rede gemacht, den man richtig stellen muss. Die große Koalition an sich wollte den Technologiepark nicht in das Hollerland erweitern, das ist die CDU, die das will. Das ist ein ganz wesentlicher Unterschied. Die SPD ist immer gegen diese Technologieparkerweiterung in das Hollerland gewesen, und wir sind auch stolz darauf.

(Beifall bei der SPD)

Erstens: Wir haben auch nicht im Koalitionsvertrag die Beplanung des Hollerlandes freigegeben. Es sind kryptische Formulierungen hineingekommen, die ungefähr lauten, dass Vorbereitungen getroffen werden können, um spätere Planungen irgendwann zu ermöglichen, aber mehr nicht. Es sind keine Planungen! Parallel dazu ist festgehalten worden, dass der Naturschutz erhalten bleibt. Auch da muss man in diesem Fall bei der Wahrheit bleiben und nicht nur ganz grob aus der Koalitionsvereinbarung zitieren.

Ich möchte, weil wir es in der Tat schon sehr oft diskutiert haben, nur wenige Punkte unterstreichen. Zum einen, wir sind auch als SPD-Fraktion der Auffassung, dass das Hollerland gemeldet werden muss. Wir haben wenig Verständnis dafür, jetzt noch einmal eine Schleife zu drehen und zu sagen, schauen wir noch einmal, wie viele Schlammpeitzger heute da sind, ob es vielleicht drei mehr oder weniger geworden sind. Ich glaube, das Gebiet ist in der Tat hinreichend unter-

sucht. Es ist eine überflüssige Runde, die man jetzt einschiebt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens: In der Tat besteht grundsätzlich die Möglichkeit, auch FFH-Gebiete neu zu nutzen und etwas dort zu bauen. Das machen wir auch in Bremen. Das ist nicht nur das Mühlenberger Loch, das ist CT IV, wo auch dieses Ausnahmeverfahren durchgeführt wird. Aber es ist in der Tat auch so, wie Frau Mathes gesagt hat. Man muss nachweisen können, dass die Vorhaben nur an dieser Stelle gehen. Bei einem Seehafen kann ich verstehen, dass man den nicht beliebig verlegen kann, bei einem Flugzeugwerk mit einem daneben liegenden Flughafen kann ich auch verstehen, dass man darauf kommt, dass das nicht verlegbar ist. Aber bei der Ansiedlung technologieorientierter Unternehmen zu suggerieren, das könnte nur an einem Standort, selbst nur an einem Standort in Bremen geschehen, ist einfach absurd.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was ich nicht verstehe, ist, weswegen immer noch daran festgehalten wird. Inzwischen habe ich das Gefühl, es ist wie bei meiner kleinen Sarah. Sie ist drei Jahre alt, und wenn sie bockig ist, dann ist sie bockig. Da kann man ihr erklären, was man will, die Welt ist für sie dann nicht so. Genau den Eindruck macht die CDU. Man kann ihr erklären, was Sache ist, aber sie erzählt: Nein, das ist nicht so, wir werden dort irgendwann hineingehen, mit dem eigentlich sicheren Wissen, dass es unmöglich ist.

Die große Koalition hat doch eines ab und an wenigstens ausgezeichnet, dass sie bestimmte Zeichen der Zeit erkannt hat und dann versucht hat, gemeinsame Lösungen zu finden, zum Teil auch sehr gute Lösungen. Weswegen findet man sich nicht damit ab, dass der Technologiepark an dieser Stelle, wo er im Moment steht, endlich sein wird, räumlich endlich? Irgendwann ist die Erde aufgebraucht an diesem Stück. Dann muss man sich Gedanken machen, wie man an anderen Stellen der Stadt optimale Bedingungen schafft für technologieorientierte Unternehmen. Das brauchen wir. Wir können nicht sagen, dann schimpfen wir auf die EU und sagen, jetzt können wir keine technologieorientierten Unternehmen mehr ansiedeln.

Deswegen wäre folgende Überlegung politisch schlau: Wir haben jetzt am Technologiepark noch Erweiterungsflächen. Je nachdem wie die Konjunktur läuft, dauert es mindestens noch fünf bis

zehn Jahre, bis das Gebiet voll ist. Fünf bis zehn Jahre sind eine angemessene Zeit, sich zu überlegen, wo kann ich denn noch hingehen. Dazu muss ich dann auch Bedingungen schaffen - es ist ja nicht so, dass technologieorientierte Unternehmen beliebig irgendwo hingehen - ,

(Abg. Kastendiek [CDU]: Genau das ist der Punkt!)

damit dort attraktive Ansiedlungsbedingungen sind. Jetzt hören Sie noch einen Moment weiter zu, dann wird Ihnen vielleicht die Lösung klar! Auch unter finanzpolitischen Gesichtspunkten bietet es sich an, sich auf die alten Hafengebiete zu konzentrieren. Wir sollten die kommenden fünf bis zehn Jahre nutzen, konzeptionell zusammen mit Wissenschaft, denn ohne Wissenschaftspolitik, ohne Universität, ohne die Hochschulen wird man keine attraktiven Bedingungen schaffen können,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

dort etwas aufzubauen, damit ein Technologiepark nicht noch einmal eine Anlaufzeit hat, wie das der Technologiepark an der Universität hatte, sondern dass man im Prinzip nahtlos übergehen kann.

Das wäre eine vorwärtsgerichtete Politik, die viel Intelligenz erfordert, die viele Ressourcen erfordert, die aber das unsinnige gegeneinander Auspielen von Ökonomie und Ökologie beenden würde und vor allen Dingen endlich einen Pfad verlässt, der völlig unrealisierbar ist. Da kann man sich auf den Kopf stellen und mit den Ohren wackeln, es wird nicht reichen. Das Hollerland wird für eine Erweiterung des Technologieparks mit Sicherheit nicht zur Verfügung stehen können, und darauf muss sich die Politik auch einstellen. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man das eine oder andere Mal die Debatten in der Bremischen Bürgerschaft verfolgt, ist man doch schon verwundert. Das will ich ganz deutlich sagen. Liebe Frau Dr. Mathes, ich habe zwar hohes Verständnis dafür, dass Sie politisch die heimliche oder auch die öffentliche Freude verspüren zu sagen, meine Güte, man muss auch einmal zugeben, wenn man verloren hat. Damit hätte ich gar kein Problem, aber wir haben schon insgesamt, was die Flä-

chendiskussion in unserer Stadt und in unserem Bundesland betrifft, eine dramatische Situation, weil natürlich in Stadtstaaten, das muss man sehen, auch Flächen insgesamt endlich sind. Deshalb haben wir nicht nur, das ist die Vorzeigediskussion, die wir in den letzten Jahren über das Hollerland geführt haben, dieses Problem am Technologiepark, sondern insgesamt in Bremen.

Vor diesem Hintergrund gab es doch 1995, Frau Dr. Mathes, auch das Auseinanderbrechen der Ampelkoalition, weil von Ihrer Seite aus vorschnell im Endeffekt nicht näher definierte Gebiete ohne Abstimmung mit anderen Ressorts gemeldet worden sind zur EU, um damit die wirtschaftliche Entwicklung dieser Gebiete zumindest zu blockieren, wenn nicht sogar komplett zu verhindern. Das war doch die politische Zielsetzung, und das vor dem Hintergrund, dass wir uns in einem Sanierungsland befinden.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das war nicht die Zielsetzung! Vorgaben einzuhalten!)

Vorgaben einzuhalten, das ist ein schöner Zwischenruf, Frau Linnert! Das hat man nämlich anschließend gesehen, als der Senat beschlossen hat, wieder bestimmte Gebiete aus der Vogelschutzrichtlinie, aus den Meldungen herauszunehmen, und obwohl es uns gelungen ist, dass wir dies herausbekommen haben, hat uns die EU anschließend für die vorbildlichen Meldungen gelobt. Das zeigt, dass Sie als Bündnis 90/Die Grünen viel zu viel nach Europa gemeldet haben, um hier die Landesentwicklung zu blockieren. Das war das politische Ziel!

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sind alles alte Kamellen!)

Ich finde, um diese Frage gleich deutlich zu beantworten, wir haben auch jetzt mit den Nachmeldungen - Nachmeldungen, die wir im Senat nach langer Diskussion einvernehmlich hinbekommen haben - auch zu sehen, wie wir eigentlich mit unseren Flächen umgehen müssen. Eines ist klar, der Technologiepark, Herr Dr. Schuster, da sind wir völlig d'accord, wird irgendwann voll gelaufen sein. Man hat im Endeffekt nur noch die Westweiterung, und dann wird es schon auf dem Gebiet zwischen Eisenbahn und Autobahn sehr eng mit zusätzlichen Flächen, die dort noch liegen. Dann muss man sehen, wie man einen Technologiepark weiterentwickeln will.

Es gibt verschiedene Modelle. Wenn man sich die Erfolgsmodelle allerdings ansieht, weltweit, wird man feststellen, dass es immer einen sehr engen räumlichen Zusammenhang mit der Wissenschaft

gegeben hat. Sie können sich die gesamten führenden Technologieparks oder Science-Parks der Welt anschauen, immer gab es diesen engen Zusammenhang mit der Wissenschaft, auch den engen räumlichen Zusammenhang. Es gibt vielleicht verschiedene Möglichkeiten, aber natürlich ist es doch nahe liegend, zunächst einmal zu sagen, die Flächen, die dort noch sind, die zur Verfügung stehen, könnte man nutzen.

Eines ist klar, da müssen wir überhaupt nicht um den heißen Brei herumreden, wenn wir eine FFH-Meldung für das gesamte Hollerland vornehmen müssen. Wir hatten vorgeschlagen, zwei Drittel, den nördlichen Bereich zu melden, das war der letzte Stand der Koalitionsvereinbarung, das soll man auch offen sagen, Herr Dr. Schuster! Da kann man sich nicht aus der Verantwortung stellen, indem man im Nachhinein sagt, das waren kryptische Formulierungen. Koalitionsverträge sind immer Kompromisse, natürlich! Wir haben uns im Juli darauf verständigt, dass wir die nördlichen zwei Drittel als FFH-Gebiet melden. Das war unsere Verständigung. Ich finde, dazu sollten wir beide jetzt auch stehen.

(Beifall bei der CDU - Abg. Dr. Sieling [SPD]: Aber Sie reden immer von Bauen und Planen!)

Ich habe doch noch nichts zu Bebauen und Beplanen gesagt, lieber Herr Dr. Sieling, bleiben Sie doch einmal ganz ruhig, vielleicht sage ich gleich noch etwas dazu! Ich will übrigens auch sagen, das ist eine ganz interessante Sache, bei diesem Graphoderus, diesem Breitflügeltauchkäfer, den genauen Namen bekomme ich jetzt nicht mehr zusammen, war diese Meldung genau richtig, denn hier hat jetzt die EU festgestellt, dass das Gebiet, das wir vorgeschlagen haben, die nördlichen zwei Drittel, vollkommen ausreichend sind, um dies entsprechend zu berücksichtigen. Es war für die Binnensatzstelle vollkommen richtig, worüber wir uns in der Koalition verständigt haben, die nördlichen zwei Drittel zu melden.

Das Einzige, wo es unterschiedliche Auffassungen mit der EU gibt, ist die Frage, was ist mit dem Schlammpeitzger in den südlichen Gebieten. Man muss einfach feststellen, dass das Zahlenmaterial, was zurzeit vorhanden ist in der Behörde, aus dem Jahr 1998 kommt, und wenn man sich die Zählweise damals angesehen hat, so hat man kostengünstig gezählt.

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich verstehe gar nicht die Unruhe, weil wir immer, wie gesagt, getrieben sind von dem gemeinsamen Interesse, dass hier die Flächen endlich sind in der Stadt Bremen. Deshalb ist kostengünstig inso-

weit gezählt worden, man braucht dafür, um diesen Schlammpeitzger aus dem Schlamm hervorzuholen, entsprechende Autobatterien. Mit Elektroschocks werden die sozusagen aus dem Schlamm hervorgeholt und anschließend gezählt.

(Abg. Focke [CDU]: Diese armen kleinen Dinger! Das ist unverantwortlich! - Heiterkeit)

Liebe Leute, es mag ja sehr erheiternd sein, angesichts der Ernsthaftigkeit dieses Themas, muss ich sagen, finde ich es nicht so fürchterlich erheiternd. Deshalb hat man nur an den Stellen insgesamt im Hollerland gezählt, wo man möglichst gut mit dem Auto herangekommen ist. Das sind Fakten. Deshalb habe ich noch einmal gesagt, ich möchte schon genau wissen, wo welche Vorkommen, auch von Schlammpeitzgern, sich im Hollerland befinden. Ich finde, das sind wir unserer gesamten Flächendiskussion, die wir führen, tatsächlich schuldig. Das ist überhaupt keine zusätzliche Runde.

Nur, lieber Herr Dr. Schuster, wir sind verpflichtet, vor dem Hintergrund der knappen Flächen auch wirklich genau abzuwägen, was wir dort melden und was wir nicht melden. Ich finde, gerade in den Flächen, die hoch begehrt sind nahe der Universität, müssen wir doppelt und dreifach schauen, bevor wir eine Meldung entsprechend vornehmen.

Ich will ganz deutlich sagen, nur damit Sie das auch einordnen können, wann immer wir den Experten getraut haben, haben die Grünen immer gleich erklärt, wenn ein Experte etwas vorgelegt hat, müssen wir nachmelden. Entgegen der Expertenmeinung ist es uns gelungen, sowohl für den Schlammpeitzger als auch für den Steinbeißer keine Meldungen vorzunehmen für das Blockland, für das Werderland und für Niedervieland-Ost. Auch da hatten die Experten gesagt, ihr müsst Flächen melden, es bleibt euch überhaupt nichts anderes übrig. Dann kann man das in bilateralen Gesprächen sehr wohl auch auf genaue Gebiete entsprechend begrenzen. In diesem Prozess sind wir gerade.

Ich will uns auch, um das deutlich zu sagen, überhaupt nicht empfehlen, in Hektik auszubrechen, denn wir haben ein Thema, das im Endeffekt für Bremen noch viel dramatischer ist als die Diskussion um das Hollerland, das ist die Diskussion, die wir um die Flussläufe haben. Wir brauchen nur einmal nach Hamburg zu schauen, die Schlagzeilen der letzten Tage über diese Diskussion: „EU will Hamburger Hafen unter Naturschutz stellen“! Das sind die Forderungen aus den Gesprächen mit der EU. Meinen Sie jetzt, dass die in Hamburg alle aufspringen und sagen, hurra, wir haben nur darauf gewartet, dass die EU kommt und jetzt un-

seren Hamburger Hafen unter FFH-Schutz stellen will?

Liebe Frau Dr. Mathes, lieber Herr Dr. Schuster, ich finde, man muss auch immer abwägen, ob man solche Meldungen wirklich ernsthaft vornehmen kann. Wir werden eine ähnliche Diskussion mit der EU haben, was die Weserflächen betrifft. Es gibt Nachforderungen von der EU, dass wir auch die Weserflächen komplett nachmelden sollen. Welche Auswirkungen das auf unsere aktuelle wirtschaftliche Situation hat, das muss dann jeder selbst abwägen. Deshalb brauchen wir auch dort die Zeit, um Gespräche mit der EU zu führen.

Das werden keine einfachen Gespräche werden, aber ich bin mir sicher, dass wir vor dem Hintergrund dessen, was wir jetzt schon im Bereich Werderland, im Bereich Blockland, im Bereich Niedervieland erreicht haben, zu vernünftigen Gesprächsergebnissen kommen werden. Aber das sind keine einfachen Diskussionen, und deshalb ist es überhaupt nicht richtig, jetzt irgendetwas über das Knie zu brechen oder hier eine Jubelrede zu halten nach dem Motto, es ist hoffentlich die letzte Debatte.

Eine Bemerkung will ich vielleicht noch machen. Die Frage ist dann, wenn es zu Nachmeldungen kommt, ob es ein Ausschluss für alle Ewigkeiten ist oder ob es trotzdem Möglichkeiten gibt, im Rahmen von Rechtsverfahren tatsächlich etwas zu machen. Es gibt natürlich Ausnahmemöglichkeiten. Wir planen nach FFH-Kriterien nicht nur den CT IV, denn es wäre wirklich schwierig, den an eine andere Stelle zu legen, aber nach FFH-Kriterien wird zum Beispiel komplett die A 281 geplant. Die Umgehungsstraße in Bremerhaven,

(Abg. Frau Wiedemeyer [SPD]: Cherbourger!)

nicht Cherbourger, sondern die andere im Süden, auch da gab es ein FFH-Verfahren. Es gibt schon verschiedene Verfahren nach FFH, und Straßen könnte man schon auch etwas anders verlaufen lassen.

Es gibt überhaupt nicht zwangsläufig den EU-Grund, diese so zu führen, wie wir das vorschlagen, sondern es ist immer eine Frage wie beim Mühlenberger Loch. Es gab sehr wohl Alternativen, Rostock war lange Zeit ein Alternativstandort für den Airbus A 380, ob der in Rostock oder in Hamburg gebaut wird. Man hätte also durchaus eine Alternative gehabt, aber man konnte trotzdem nachweisen, dass es in Hamburg sein muss, dass es Vorteile hat und dass man dann auch entsprechende Kompensationen vornimmt. Das ist das Entscheidende. Es geht also dann um die

Frage der Kompensationsmöglichkeiten, und das muss man sehen.

Eines ist aber klar, mit einem Nullachtfünfzehn-Projekt, nur zu sagen, wir machen jetzt Technologieunternehmen ohne irgendwelche Festlegungen, und wir brauchen das als Fläche, wird es allerdings schwierig werden, die Hollerlanddiskussion zu führen. Wenn es allerdings ein Alleinstellungsmerkmal bei der Notwendigkeit einer engen Verknüpfung mit der Universität gibt, dann gibt es sehr wohl wieder Öffnungsmöglichkeiten, weil wir natürlich an der Universität auch viele Bereiche haben, die Alleinstellungsmerkmale haben.

Vor diesem Hintergrund ist die Diskussion dann zwar unter den FFH-Gesichtspunkten beendet, aber die Frage, wie wir Bremen als Technologiestandort weiterentwickeln, ist damit sicherlich nicht beendet. Deshalb bin ich sehr dankbar, dass Herr Dr. Schuster auch gesagt hat, darüber kann man streiten und sich unterhalten. Ich bin sehr dafür, dass man dann nach den besten Wegen und Möglichkeiten sucht. Wir haben dort unsere Position als CDU immer bezogen. Es wird sicherlich nicht einfacher, diese Position dann auch aufrechtzuerhalten, das muss man an dieser Stelle auch ganz offen sagen, wenn es zu dieser FFH-Meldung kommt. Das Gehirnschmalz aber, wie man Bremen wirklich als Technologiestadt platziert, sollten wir alle gemeinsam verbraten.

Vor diesem Hintergrund, glaube ich, müssen wir die Diskussion sachlich führen, und, Frau Dr. Mathes, der Zeitplan hat im Endeffekt vorgesehen, bis Mitte dieses Jahres diese Sachen auch zum Abschluss zu bringen. Wir sind sehr wohl dabei, den wollen wir gern einhalten. Ich hoffe, dass auch gerade dafür Lösungen gefunden werden mit Hinblick auf die Weser, die uns ermöglichen, diesen Zeitplan auch tatsächlich einzuhalten.

Übrigens, wenn Sie die Pressemitteilung Ihres Bundesumweltministers gesehen haben, der sich gestern kritisch auseinander gesetzt hat, so war es nicht das Bundesland Bremen, mit dem er sich kritisch auseinander gesetzt hat. Insofern müsste auch im grünen Sinne eigentlich höhere Weihe dort erteilt worden sein, dass wir hier in Bremen auf dem richtigen Weg sind. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Crueger.

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Eckhoff, es ist schon etwas klassisch, wenn wir hier eine Diskussion hören und versuchen, Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen, da schwebt mir immer noch der Begriff Nachhaltigkeit im Hintergrund, und, ich glaube, der ist auch ziemlich modern, habe ich irgendwo läuten hören, dass Sie dann gleich wieder dieses klassische Feindbild aufbauen. Ich bitte Sie, die Grünen als Blockierer, als technologiefeindlich, etatistische Umweltschützer, die nur die bösen Verordnungen umsetzen wollen, die eigentlich völlig wirtschaftsfeindlich sind!

Ich bitte Sie, Herr Eckhoff, wenn ich mir einmal so einige Projekte ansehe, die die große Koalition, und ich will sagen, unter maßgeblicher Leitung der CDU, angestoßen hat, also die Arberger, Mahndorfer Marsch, da brauche ich nur bei mir aus dem Fenster zu sehen, oder die Osterholzer Feldmark zur anderen Seite, sind das bislang immer noch nicht so die großen Renner! Wenn Sie daran festhalten wollen, dann, fürchte ich, verlieren Sie ein bisschen die finanzpolitischen Rahmenbedingungen und das, was wir wirtschaftspolitisch wünschenswert auch an Wachstum zu erwarten haben, aus dem Auge. Beim Büroпарк Oberneuland, ich meine, der soll auch erweitert werden, da hätten wir ja jetzt schon eine Fläche, wo sich Unternehmen ansiedeln könnten. Insofern immer noch an diesem Technologiepark, an der Erweiterung ins Hollerland - -.

(Abg. Focke [CDU]: Ist doch alles Quatsch!)

Herr Focke, wenn Sie das für Quatsch halten, Sie wissen ja scheinbar noch nicht einmal, wie ein Schlammpeitzger aussieht!

(Abg. Focke [CDU]: Ich weiß das sehr wohl! Ich habe mir das angesehen im Tierlexikon!)

Ich denke, man sollte schon eine Debatte führen, die auch gewisse Aspekte der Ökologie einbezieht und die nicht nur darauf aus ist, irgendwo Flächen auszuweisen, in der Hoffnung, dass sich irgendwann irgendwelche Unternehmen dort einmal ansiedeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn Sie nun eine FFH-Verträglichkeitsstudie vorschlagen, ich hoffe, ich habe Sie richtig verstanden, Herr Imhoff, für den Fall, dass man dann dort doch noch einmal bauen wollte, wäre das al-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

so eine weitere Studie. Ich glaube, mit diesen Studien könnte man mittlerweile auch einen sehr netten Reader gestalten und sich einmal ein bisschen über das Politikverständnis gewisser Parteien im einundzwanzigsten Jahrhundert auseinandersetzen. Oder auch dieses populistische Beispiel mit diesem Elektroschocker oder wie auch immer, um die kleinen Fischchen an die Oberfläche zu bekommen! Ich denke, das zeugt doch von einem gewissen Verständnis oder von einer gewissen Grundeinstellung, die an den Problemen, die wir eigentlich haben, vorbeigeht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Glocke)

Vizepräsident Ravens: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, bitte!

Vizepräsident Ravens: Bitte schön, Herr Imhoff!

Abg. **Imhoff** (CDU): Habe ich Sie also richtig verstanden, dass jetzt, egal welche Regierung gerade hier in Bremen regiert, wenn sie sich überlegt, im Hollerland etwas zu erweitern, keine Studie gemacht werden muss, keine Umweltverträglichkeitsprüfung gemacht werden muss, weil man das dann einfach so machen kann? Er will es als Studie, stellt das hier dar, dann muss er es auch vernünftig begründen!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Imhoff, ich dachte, dass Sie mich richtig verstanden hätten. Wenn wir hier eine andere Koalition hätten, ich glaube, dann stünde die Bebauung des Hollerlandes nicht zur Diskussion.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin ja noch nicht so lange auf diesem politischen Parkett, aber wenn ich einmal durch den Technologiepark fahre oder mich mit Menschen unterhalte, die aus einer anderen Stadt kommen und sich den Technologiepark anschauen als den Technologiekern Bremens, sagen die mir, ein paar Unternehmen sind ja schon da, die auch etwas Innovatives machen. Aber größtenteils, wenn ich mir das anschau, die Bebauung und die Unternehmen, sagen sie mir, das sieht eher aus wie in Arizona, das ist schon nicht nur alles Technologie. Ich denke, gerade unter dem Gesichtspunkt einer Zusammenballung, einer Konzentration von Unternehmen, die gerade in dieser Technologiebranche arbeiten, ist in der Vergangenheit einiges verfehlt worden, und das Stichwort der Nachverdichtung hören Sie von uns auch nicht zum ersten Mal.

Ich denke, man sollte in Zukunft wirklich aufpassen, dass man, gerade wenn man bei innovativen Technologien und Märkten versucht, sich als Standort Bremen zu etablieren, auch seine Hausaufgaben machen sollte, und wenn man es macht, dann auch vernünftig planen und nicht so halbseiden, dass man früher oder später links oder rechts Unwidrigkeit hat. Gegen den Auskauf von zwei bis drei Metern, das wird sicher auch kein Vergnügen sein, sind wir als Grüne ebenfalls. Ich denke, da sollte man von vornherein schauen, vernünftig zu planen, und das wurde an dieser Stelle eindeutig versäumt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt will ich noch ein letztes Mal den Schlammpeitzger aufgreifen! Herr Focke, ich hoffe, Sie sind mir nicht böse, wenn Sie noch nie, zumindest in Natur, einen Schlammpeitzger gesehen haben. Wir werden als Grüne, und das Urteil der EU bestärkt uns darin, weiterhin versuchen, dass der Schlammpeitzger auch Sie nicht sehen wird, sprich weiterhin ungestört leben kann und zufrieden ist. - Ich bedanke mich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

(Unruhe - Senator Eckhoff: Ich wollte eigentlich noch zwei, drei Sätze dazu sagen!)

Ich habe es nicht gesehen.

Erhalt der Bürgerweide als Standort für den Freimarkt

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 9. Dezember 2003
(Drucksache 16/50 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 20. Januar 2004

(Drucksache 16/56 S)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Perschau.

Ich nehme an, Herr Bürgermeister, dass Sie die Große Anfrage nicht vorlesen möchten.

(Bürgermeister Perschau: Ich habe es überlegt, aber wieder verworfen!)

Ich gehe davon aus, dass wir in eine Aussprache eintreten wollen.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ehmke.

Abg. **Ehmke** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Zusammenhang mit der Großen Anfrage der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion sprechen wir heute über eine Bremer Institution, den Bremer Freimarkt, sicherlich eine Sache, die alle, die heute an dieser Debatte teilnehmen beziehungsweise zuhören, auch schon einmal live gesehen haben.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Der Bremer Freimarkt ist mit Sicherheit etwas ganz Besonderes für Bremen, etwas, was wir lieben, mögen und schätzen, zumindest die meisten von uns. Bevor ich in die Details einsteige, finde ich, dass man an dieser Stelle auch Dank sagen kann, Dank den Schaustellerinnen und Schaustellern, die mit viel Engagement einen attraktiven Freimarkt gestalten, und Dank den Bremerinnen und Bremern, die mit ihren häufigen Besuchen dazu beitragen, dass es nicht nur ein schönes Volksfest, sondern auch ein ausgesprochen großes und gut angenommenes ist!

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen als SPD-Fraktion sehr, dass in der Antwort auf diese Große Anfrage deutlich wird, dass der Senat sich, und ich betone der gesamte Senat, zu den 100.000 Quadratmetern nutzbarer Fläche für den Bremer Freimarkt auf der Bürgerweide bekennt. Wir gehen davon aus, dass damit, wie der Senat es in der Anfrage auch sagt, sämtliche Verlegungspläne vom Tisch sind, vom gesamten Senat, auch von den neu dazugestoßenen Senatoren, die in anderer Rolle manchmal auch andere Vorstellungen vertreten haben. Ich hoffe, dass das im Übrigen auch ankommt bei bestimmten Instituten, die immer noch voll von Bremen finanziert werden und trotzdem mit dem einen oder anderen Verlegungsvorschlag in letzter Zeit aufgetreten sind. Vielleicht kommt das auch hier an. Der Senat und wir stehen zu 100.000 Quadratmetern nutzbarer Fläche für den Bremer Freimarkt auf der Bürgerweide.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche gilt auch im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan, ich möchte das an dieser Stelle

noch einmal hervorheben, weil zumindest im Zusammenhang der letzten Marktausschusssitzung bei den Schaustellerinnen und Schaustellern die Frage aufgetaucht ist: Gibt der Bebauungsplan wirklich die 100.000 Quadratmeter so her, wie es immer versprochen wird? Ich kann für die SPD-Fraktion sagen, wir haben den Menschen in Bremen versprochen 100.000 Quadratmeter, wir haben es den Schaustellern versprochen, wir stehen dazu, wir werden Wort halten. Der Bebauungsplan wird 100.000 Quadratmeter absichern.

(Beifall bei der SPD)

Der Bebauungsplan ist, wie mir von unseren Kolleginnen und Kollegen in der Baudeputation mitgeteilt worden ist, auf Betreiben unserer Fraktion ins beschleunigte Verfahren gegeben worden. Die Antwort des Senats lässt zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch offen, wann genau der Bebauungsplan der Bürgerschaft abschließend vorgelegt wird. Ich möchte den Senator bitten, beziehungsweise dass ihm das entsprechend weitergegeben wird, wir würden es sehr begrüßen, wenn es gelänge, das bis Ende März zu schaffen, damit wir auch im Zusammenhang mit der Osterwiese ein Signal geben können, dass wir zu unseren Zusagen stehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben der Frage des Standorts, die aus unserer Sicht hier befriedigend beantwortet ist, geht es im zweiten Teil der Anfrage um die Rolle der HVG und die Frage der Betreuung der Bürgerweide. Es ist nun so, dass auch argumentiert worden ist, die HVG habe den Auftrag bekommen, sich um die Bürgerweide zu kümmern, um eine bessere beziehungsweise optimale Koordinierung der Nutzung der verschiedenen Veranstaltungen auch zwischen den Volksfesten zu erreichen. Ich muss sagen, das ist jetzt aber ein subjektiver Eindruck, ich habe nicht den Eindruck, dass dort ständig der Bär brummt, aber wir nehmen das jetzt erst einmal so hin. Allerdings muss die Frage gerechtfertigt sein: Was tut die HVG eigentlich auf der Bürgerweide, was tut sie für die Schaustellerinnen und Schausteller, für den Bremer Freimarkt, für die Osterwiese?

Wir haben das nachgefragt, und ich muss sagen, leider ist die Antwort des Senats ein bisschen abstrakt geblieben, wenn ich das einmal so formulieren darf. Es wird darauf hingewiesen, es gehen Nutzungsentgelte, die von den Schaustellerinnen und Schaustellern bezahlt werden, über das Stadtamt teilweise an die HVG, und die HVG macht auch irgendetwas dafür, sie baut ein bisschen. Das ist aber alles irgendwie noch nicht so richtig klar geworden, finde ich. Entweder kann der Senator das vielleicht hier noch darstellen

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

oder in der Wirtschaftsdeputation noch etwas expliziter ausführen, was genau die HVG eigentlich mit dem Geld macht. Wozu und in welchem Zusammenhang steht das zu den beiden großen Volksfesten auf der Bremer Bürgerweide? Das ist mir hier noch ein bisschen zu offen.

Ich muss auch sagen, dass wir, als wir die Kanalsanierung gesehen haben, festgestellt haben, dass es in der Tat nicht so ist, dass die HVG quasi als Verwalterin dort alles in die eigene Hand nimmt, sondern das war schon eine etwas schwierige Situation. Im Ergebnis ist es nur unter finanzieller Beteiligung der Schaustellerinnen und Schausteller über die Standgelder dazu gekommen, dass das Ganze vernünftig abgearbeitet worden ist. Wenn wir uns jetzt hier mit der Frage der Sanierung der Elektroanlage befassen, dann hoffe ich, dass das an dieser Stelle etwas runder läuft, um das einmal so zu sagen. Auf der einen Seite gibt es die Auffassung, das Elektrosystem ist abgängig, auf der anderen Seite ist es dann vielleicht doch noch nicht so schlimm, alles ein bisschen unklar, hier warten wir auf ein Gutachten, und die Finanzierung ist nicht geklärt.

Ich bin der Auffassung, dass die HVG an dieser Stelle in der Pflicht ist. Die HVG als Betreiberin muss dafür Sorge tragen, dass die Elektroanlage vernünftig funktioniert. Sie bekommt Geld dafür, dass sie das organisiert. Vor dem Hintergrund glaube ich, dass, obwohl sich die Schaustellerinnen und Schausteller durchaus kooperativ verhalten haben bei der Frage der Kanalsanierung, das auch keine Sache ist, die man endlos überstrapazieren sollte. Im Übrigen, wenn ich irgendwo eine Wohnung miete, erwarte ich auch, dass mein Vermieter mir eine funktionierende Elektroanlage vorhält und ich das nicht selbst finanzieren muss. Ich denke, diesen Anspruch kann man zu Recht auch an die HVG stellen an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche gilt im Übrigen auch für die Wegeführung. Die Wegeführung ist, wir haben das auch in dieser Frage formuliert, unter einer Mitfinanzierung der Schaustellerinnen und Schausteller zustande gekommen. Jetzt ist die Halle sieben gebaut worden, schön und gut, sie steht auf einem Teil der Wege, das ist nicht so schön, zumindest nicht, wenn man auf dem Freimarkt einen Rundweg läuft, weil die Wegeführung jetzt nicht mehr passt. Ich finde, wenn man denn die Halle sieben baut, was in Ordnung ist, was beschlossen worden ist, dabei aber das Wegenetz auseinander reißt, dann muss man auch sehen, dass man diesen Zustand hinterher wieder behebt! Die Verantwortung dafür liegt aus meiner Sicht auch klar bei der HVG, die muss in Bewegung kommen.

Ich würde es begrüßen, wenn zumindest im Zusammenhang mit der Osterwiese geschaut wird, ob man nicht irgendwelche provisorischen Maßnahmen zunächst ergreifen kann. Ich habe mir sagen lassen, wenn man bestimmtes Schuhwerk bevorzugt oder mit dem Kinderwagen unterwegs ist, ist es ein bisschen anstrengend, wenn man ständig in irgendwelchen Lücken hängen bleibt zwischen den Basaltsteinen. Die Wegeführung ist sicherlich wichtig für die Attraktivität des Volksfestes. Ich denke, hier muss entsprechend nachgearbeitet werden.

(Bürgermeister Perschau: Der bestausgestattete Volksfestplatz, den es in Deutschland gibt!)

Herr Perschau, die Wegeführung hatte einen gewissen Sinn, und im Moment hat sie nicht mehr so viel Sinn, denn wenn man die Wege jetzt unter den Buden hat und die Freiräume dazwischen sind, dort, wo die Leute entlang laufen, dann kann man sich schon fragen, welchen Sinn das macht! Vor dem Hintergrund ist das ja mit dem Geld der Schausteller damals finanziert worden, und ich finde, die haben auch einen gewissen Anspruch darauf, im Übrigen auch die Besucherinnen und Besucher, weil sie diejenigen sind, die dann nachher lang liegen, wenn sie irgendwo hängen bleiben, dass ein vernünftiges Wegenetz aufrechterhalten wird.

(Beifall bei der SPD)

Wer alles auf irgendeinem Wegenetz baut, der kann sich zumindest um die Wiederherstellung kümmern.

Insgesamt glaube ich, dass der Freimarkt eine Erfolgsstory für Bremen ist, eine Erfolgsstory, die wir fortschreiben wollen. Wir müssen dafür die ausreichenden Rahmenbedingungen setzen. Ich glaube, die Bremerinnen und Bremer haben Spaß an ihrem Freimarkt, auch die Besucherinnen und Besucher aus dem Umland. Es ist eine Veranstaltung, die Touristen anzieht, die wichtig ist für den Standort. Im Übrigen ist es auch eine Veranstaltung, die nicht jedes Mal nach staatlichen Subventionen schreit, um erfolgreich zu sein, sondern die sich durch die wirtschaftliche Aktivität von einzelnen kleinen Unternehmen behauptet. Vor dem Hintergrund glaube ich, dass zumindest die Rolle der HVG an der Stelle noch klarer definiert werden sollte. Die HVG hat die Verwaltung der Bremer Bürgerweide, sie kassiert Geld dafür, dann muss sie auch eine entsprechende Leistung bringen. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst (CDU)**¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal, Herr Ehmke, bei den einleitenden Sätzen hatte ich den Eindruck, als wollten Sie sagen, die SPD bewegt und entscheidet auch alles auf diesem Gebiet. So ist dem ja nun nicht! Weder der Beschluss des Bebauungsplanes geht ohne den Koalitionspartner, noch gehen andere Entscheidungen ohne uns. Deswegen würde ich doch bitten! Die Zeiten, in denen die SPD allein regierte, sind mithin vorbei, glücklicherweise, wie man sieht! Erwecken Sie hier nicht den Eindruck, als seien Sie hier nun die treibende Kraft für die Attraktivität dieses Marktes oder der beiden Märkte auf der Bürgerweide! Dies ist so mit Sicherheit nicht richtig.

Das Zweite ist, wir brauchen hier ja nicht tiefer einzusteigen, auf der Bürgerweide gibt es keine Schlammpeitzger, sondern die können wir tatsächlich ohne Diskussion gewerblich nutzen. Dies wird ja auch in vielfältiger Form getan.

Ich will einmal zu der Attraktivität des Marktes sagen, ich als gebürtiger Bremer gehe von Kindesbeinen an, sozusagen schon als kleiner Steppke, zum Freimarkt, mindestens einmal jährlich, wenn nicht zweimal.

(Heiterkeit)

Diese Freude an diesen Freimarktsgängen hat sich bei uns bis heute erhalten. Sie hat sich sicherlich auch deswegen bis heute erhalten, weil dieser Freimarkt nach wie vor so attraktiv ist, wie er ist, und dies ist auch gut so! Darüber hinaus ist sicherlich festzustellen, dass dies nicht nur den Bremerinnen und Bremern so geht, sondern auch den Menschen aus dem Umland und auch weit darüber hinaus.

Der Standort und die Attraktivität und damit auch die Größe, also die Fläche und der Standort des Marktes, sind dabei Markenzeichen, die national wie international erkannt worden sind. Deshalb verzeichnet der Freimarkt auch jedes Jahr diese hohen Besucherzahlen und damit eine Einnahmequelle für Bremen, die sich nicht nur in den Standgebühren, die von Schaustellern zu zahlen sind, erschöpft, sondern darüber hinaus Steuern, zumindest von Bremer Schaustellern, erbringt und nicht zuletzt durch Übernachtungen in Hotels, den Besuch von Gastronomie oder auch den Einkauf

im Bremer Einzelhandel weitere Einnahmen für die Bremer Kasse bedeuten.

Meine Damen und Herren, die erste Botschaft aus der Antwort des Senats auf die Große Anfrage ist für mich: Der Bremer Freimarkt bleibt an diesem Standort Bürgerweide in garantierter Größe beziehungsweise Fläche, die durch den hoffentlich bald hier zu beschließenden Bebauungsplan festgelegt wird. Er bleibt also der Tradition folgend in dieser Größe und in dieser Attraktivität bestehen, die wohl kaum noch zu steigern ist, obwohl alle Beteiligten sich bemühen. Das sollten insbesondere alle diejenigen zur Kenntnis nehmen, die immer wieder Zweifel in die Öffentlichkeit gestreut haben, ob denn der Freimarkt auf der Bürgerweide weiterhin durchgeführt wird oder im Angesicht der sich ausbreitenden Messehallen und der Stadthallenvergrößerung stark verkleinert oder verlegt werden muss.

Das Interesse des Landes und der Stadt Bremen muss es sein, ein gedeihliches Miteinander des Freimarktes und der Veranstaltungshallen herzustellen. Dabei, und das ist, glaube ich, unstrittig, hat der Bremer Freimarkt die älteren Ansprüche. Deshalb muss und wird der Standort Bürgerweide auf mindestens 100.000 Quadratmetern auch Bestand haben. Er genießt also sozusagen Bestandsschutz.

Meine Damen und Herren, allein die unmittelbare Nähe des Hauptbahnhofs ist für alle Veranstaltungen auf der Bürgerweide von allergrößter Bedeutung. Besucher von Freimarkt, Stadthalle oder auch Messehallen, die mit der Bahn anreisen, wissen zu schätzen, dass sie nach Verlassen des Bahnhofs unmittelbar ihr Ziel erreicht haben. Dieser Standort ist also ein Teil der Attraktivität für Freimarkt, Stadthalle und Messe. Hinzu kommt, dass rund um die Bürgerweide Hotels zur Verfügung stehen, die entsprechende Unterkünfte bieten.

Mein Wunsch wäre es, dass Stadthalle und Messe ihre Veranstaltungsplanungen noch besser mit dem Freimarkt abstimmen. Insbesondere die Zuwegung und die verkehrliche Anbindung werden zum Teil gestört, weil die Zahl der Besucher der Veranstaltungen die räumlichen und Verkehrswegkapazitäten übersteigt, wenn gleichzeitig mit dem Freimarkt große Veranstaltungen in den Hallen stattfinden. Ich glaube auch, dass sich in Arbeit befindliche Verkehrsgutachten wird diese Problematik nicht völlig ausräumen.

Eine Anmerkung sei mir in diesem Zusammenhang gestattet, ohne natürlich dem Gutachten vorgreifen zu wollen: Der Knotenpunkt am Stern sollte aus meiner Sicht durch Ampeln geregelt

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

werden, erst recht seitdem die Hermann-Böse-Straße und Teile der Hollerallee zwischen Stern und Schwachhauser Heerstraße einspurig geworden sind. Darüber hinaus sind aus meinem Erfahren, wenn ich den Stern benutzen muss, die Fahrradfahrer rund um den Stern in erheblichem Maße gefährdet.

Die zweite Botschaft, meine Damen und Herren, ist, die HVG verwaltet die Bürgerweide in vermögensrechtlicher und sanierungsmäßiger Hinsicht. Das Stadtamt leistet Nutzungsentgelte an die HVG für die Osterwiese und den Freimarkt. Dies ergibt sich aus der Antwort des Senats. Dafür, so lese ich das aus der Antwort des Senats heraus, dass die HVG auch für die Einrichtung und Instandhaltung der Infrastruktur auf der Bürgerweide aufzukommen hat, ist es also erforderlich, dass sie dieser Pflicht tatsächlich auch immer nachkommt. Deshalb hat mich auch umgetrieben, dass das Wasserkanalsystem hälftig vom Wirtschafts- und Innenressort zu tragen war oder ist. Hier, genauso wie für die Elektrik, ist die HVG verpflichtet. Wie uns die Tabellen zeigen, erhält sie vom Stadtamt ein Nutzungsentgelt. Es kann nicht richtig sein, dass indirekt die Schausteller durch höhere Standgebühren die Erhaltung oder Erneuerung der Infrastruktur bezahlen.

Meine Damen und Herren, abschließend stelle ich noch einmal fest, erstens: Der attraktive Standort Bürgerweide ist von Freimarkt, Osterwiese, Stadthalle und Messe sowie anderen Veranstaltungen, die die HVG koordiniert, im gegenseitigen Verständnis und zum Wohl der Stadt zu nutzen. Zweitens: Aufgrund der Bedeutung und Tradition des Freimarkts wird der Standort und die zu nutzende Fläche von 100.000 Quadratmetern garantiert. Der Freimarkt verbleibt auf der Bürgerweide. Drittens: Nötige Sanierungen von Wasserkanalleitungen sowie Elektroanlagenleitungen sind von der HVG kostenmäßig zu tragen. Die eingehenden Nutzungsentgelte müssten im Grunde zweckgebunden verwendet werden. Viertens: Alle Maßnahmen wie zum Beispiel die Anpassung der Wegführung müssen zum Erhalt der Attraktivität der Märkte zeitgerecht erfolgen.

Unter Beachtung dieser Kriterien braucht meines Erachtens niemand zu befürchten, dass es in den nächsten Jahrzehnten einen Freimarkt auf der Bürgerweide in der vorgenannten Größe und Attraktivität nicht mehr geben wird.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vorweg, mir fehlt an dieser Stelle der Bausenator, an ihn richtet sich in erster Linie meine Rede.

Das Parlament und die Bürgerweide, das ist so wie ein Fortsetzungsroman von Legislaturperiode zu Legislaturperiode. Man könnte auch sagen, es ist eine Beziehungskiste, von der man nicht weiß, wann und wie sie endet. Wir Grünen jedenfalls ziehen aus der vierzehnten und fünfzehnten Legislaturperiode den Schluss: Wir glauben erst dann an die Festsetzung von 100.000 Quadratmetern auf der Bürgerweide, wenn hier endlich ein entsprechender Bebauungsplan vorgelegt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Blicken wir einmal zurück in die letzte Legislaturperiode! Vier Jahre hat die große Koalition benötigt, um endlich der Baudeputation einen Planaufstellungsbeschluss vorzulegen. Das war im Dezember 2003. Jetzt geht die ganze Geschichte, das ganze Spiel um die Absicherung des Freimarktes in die nächste Runde.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Dafür lässt man sich dreimal feiern!)

Die Bürgerschaft und die Bürgerweide, das ist eines der größten Mysterien der jüngeren Bremer Geschichte. Erstens: Die Bürgerweide hat immer und ewig, egal, was auf ihr gebaut wird, 100.000 Quadratmeter, selbstredend!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zweitens: Es werden immer neue Begründungen hervorgezaubert, warum die Bürgerschaft auch gerade jetzt wieder garantiert keinen Bebauungsplan beschließen kann, der eben diese Fläche für den Freimarkt absichert. Es mutet an wie absurdes Theater, „Warten auf Godot“, jemand, der niemals kommt.

Werfen wir zum Beispiel doch einmal einen Blick zurück ins Jahr 1999! Da hatten wir Grünen einen wunderbar einfachen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht,

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Zu einfach!)

in dem wir den Senat, Herr Dr. Sieling, aufforderten, rechtzeitig vor Freimarktsbeginn im Jahr 2000 einen Bebauungsplan für die Bürgerweide vorzulegen. In diesem B-Plan sollten selbstverständlich die 100.000 Quadratmeter für den Freimarkt ausgewiesen werden. Dieser Antrag wurde naturgemäß mit den windigsten Begründungen von Herrn

Dr. Sieling, es sei der falsche Weg, oder mit den windigsten Begründungen des Kollegen Pflugradt, auch ein B-Plan würde ja keineswegs die 100.000 Quadratmeter für den Freimarkt absichern, weil man ja einen B-Plan jederzeit wieder ändern könne, abgewiesen.

Damals ging es um den Bau der Messehalle sieben. Die wollten Sie durchziehen, und deswegen konnten wir wieder einmal nichts beschließen. Die Messehalle sieben steht ja nun schon ein paar Jahre dort. Selbstverständlich hat der Bau der Messehalle sieben nie und nimmer etwas an den 100.000 Quadratmetern geändert, denn die Bürgerweide verhält sich so wie das Weltall, es dehnt sich immer weiter aus.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun zum aktuellen Sachstand! Wie gesagt, die Baudeputation war einstimmig der Meinung: jetzt Planaufstellungsbeschluss, alles gut! Offensichtlich aber trauen SPD und CDU ihrem eigenen Senat nicht so ganz und schieben eine Große Anfrage „Erhalt der Bürgerweide als Standort für den Freimarkt“ hinterher. Allein die Fragen sprechen Bände! Erstens: Welche Planungen könnten die Nutzung durch den Freimarkt beeinträchtigen? Zweitens: Wann wird der Senat einen B-Plan vorlegen? Drittens: Plant der Senat, den Freimarkt an einen anderen Ort zu verlegen? Na, immerhin auf diese letzte dritte Frage erhalten wir die Antwort: Nein, der Senat plant nicht, den Freimarkt an einen anderen Ort zu verlegen.

Große Beruhigung für alle Schausteller, große Beruhigung für alle Besucherinnen und Besucher des Freimarkts? Wir Grünen haben da so unsere Zweifel, genährt aus zwei vergangenen Legislaturperioden. Schließlich war es der jetzige Bausenator, der sich auch gut andere Standorte einmal so vorstellen konnte. Es fiel das Wort Hafenviertel, es fiel auch der Güterbahnhof, na ja, und so weiter. Jetzt rollen die Bagger an, um der Stadthalle den Garas zu machen mit dem Ziel, die Kapazitäten der Stadthalle auf 14.000 Plätze zu erhöhen.

So weit, so schlecht! So fällt die Antwort auf die Frage aller Fragen, wann es hier im Parlament endlich einen Bebauungsplan gibt, folgendermaßen aus: Nicht so stürmisch, liebe Abgeordnete, schließlich muss erst einmal alles ordentlich abgewickelt werden - öffentliche Auslegung, Träger öffentlicher Belange, alles okay, das kennen wir, das muss sein -, aber, und jetzt kommt es, außerdem gibt es da auch noch ein in Arbeit befindliches Verkehrsgutachten! Ein Schelm, der Böses dabei denkt! Dieses Gutachten soll auch die Auswirkungen des Baues der Messehalle sieben und

des Umbaus der Stadthalle auf die Verkehre im Bereich Bürgerweide berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, irgendwann ist auch einmal Schluss mit lustig! Ich sage Ihnen, wir Grünen haben jetzt die Nase voll! Uns reichen diese ständigen rituellen Jubelreden! Herr Ehmke hat wieder einmal ein köstliches Beispiel abgelassen: die Schausteller, und selbstverständlich, es soll immer alles abgesichert werden! Rituell werden sie zu jeder Eröffnung der Osterwiese, des Freimarktes immer wiederholt, und passiert ist nichts. Es passiert nichts!

Wir wollen jetzt endlich Taten sehen! Deswegen fordere ich den Bausenator auf, vielleicht richten Sie es ihm gern aus, er sitzt wahrscheinlich draußen, wir fordern den Bausenator ultimativ auf - und da geben wir ihm etwas mehr Zeit als Sie, Herr Ehmke, denn zur Osterwiese bekommt der Bausenator das sowieso nicht mehr hin -, uns hier und heute zu versichern, dass mit Beginn des Freimarkts in der Saison 2004 dem Parlament hier nun endlich ein Bebauungsplan vorgelegt wird, in dem die 100.000 Quadratmeter für die Existenz des Freimarkts abgesichert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Solange das nicht passiert, können Sie hier reden, was Sie wollen, wir glauben Ihnen dann nicht mehr. - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Krusche, herzlichen Dank für diesen kabarettistischen Beitrag! Es ist sicherlich so, dass ich diese Debatte ja auch mit großer innerer Spannung alle Jahre wieder miterlebe und sozusagen immer in den Grundfesten erschüttert bin, wenn wieder einmal von irgendeiner Seite in Zweifel gezogen wird, dass diese 100.000 Quadratmeter möglicherweise nicht abgesichert sein sollen, oder irgendjemand gesagt haben soll, es könnte sein, und weil ja niemand genau weiß, ob es sein könnte, muss nun aber einmal wirklich in aller Klarheit endlich wieder, jedes Jahr mindestens zweimal, bestätigt werden: Es ist so, es bleibt so, und es wird auch in Zukunft so bleiben!

Meine Damen und Herren, es ist ja so, wir müssen, glaube ich, nicht in Sack und Asche gehen, was unseren Standort für den Freimarkt angeht. Alle Schausteller, die bei uns auf den Freimarkt kommen, besuchen auch andere Volksfeste. Ich

glaube, wenn Sie sich das einmal ansehen, wohin man da alles gehen kann, nach Hamburg - ich erinnere noch meine alten Reden, wo ich vom Pflanzendorado am Millerntor gesprochen habe -, wenn Sie zum Stoppelmarkt nach Vechta oder nach Oldenburg zum Kramermarkt gehen und vergleichen einmal die Plätze, dann werden Sie feststellen, dass wir mit ganz großem Selbstbewusstsein sagen können: Wir haben einen super Platz für die Durchführung des Freimarkts! Es gibt kaum in irgendeiner Stadt einen solch tollen gepflesterten Platz, der mitten in der Stadt liegt, unmittelbar am Hauptbahnhof, zwischen Messehallen und Hauptbahnhof, der so innenstadtnah ist, dass man ihn optimal erreichen kann, dass man ihn aus der Innenstadt fußläufig erreichen kann, dass für alle Schausteller ein Maximum an Verkehreanbindung da ist.

Nun ist es natürlich so, wenn man einen so tollen Platz mitten in der Stadt hat, der dann, wenn Freimarkt ist, vier Millionen Besucher anzieht, dann haben innerstädtische Plätze einfach ganz schlicht das Problem, dass dann zu bestimmten Zeiten additiv, drastisch, zeitlich begrenzt zusätzliche Verkehre entstehen. Das ist nicht immer ganz einfach abzarbeiten, daran arbeiten wir aber ganz intensiv.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Nächste Legislaturperiode!)

Ich bin froh, dass wir diesen Platz haben. Das sage ich als Wirtschaftssenator, weil ich ja nicht Bausenator und nicht Innensenator bin. Ich soll als Wirtschaftssenator auch zu dieser Anfrage Stellung nehmen. Der Platz ist deshalb gut, weil er so innenstadtnah ist und weil er so einen hervorragenden ÖPNV-Anschluss hat, wie er besser nicht sein kann. Natürlich ist es im Sinne der Schausteller, dass die Menschen auch wieder heil nach Hause kommen, damit sie morgens auch wieder zur Arbeit und abends auch wieder auf den Freimarkt gehen können. Natürlich ist es in unserem Sinne, dass die Wechselbeziehungen zwischen Innenstadt und Freimarkt vital und lebendig sind. Davon profitiert der Einzelhandel, davon profitieren auch viele Kneipen in der Innenstadt, die durch diese Belebung durchaus Profit haben.

Für uns macht der Freimarkt im Grunde genommen dann besonders Sinn, wenn er viele Menschen in die Nähe der Innenstadt bringt. Damit profitiert der Freimarkt selbst, und die Innenstadt profitiert auch. Deshalb gibt es eigentlich keinen vernünftigen Grund, den Freimarkt zu verlegen.

Ich sage das auch deshalb ganz bewusst, weil es natürlich so ist, dass wir in der veranstaltungsfreien Zeit den Platz im Wesentlichen als Parkplatz

benutzen. Wir brauchen auch einen Parkplatz, daran kommen wir gar nicht vorbei. Wenn wir den Freimarkt verlegen würden, könnten wir die Bürgerweide nicht einfach voll bauen, ohne dass wir zusätzliche Parkflächen und andere Dinge additiv schaffen. Deshalb spricht alles dafür, dass wir bei diesem Standort bleiben, und wir sollten uns nicht jährlich immer wieder gegenseitig - Frau Krusche hat das humorvoll gemacht - gezielt verunsichern, damit irgendeiner wieder eine Chance hat, mit großer Sicherheit dieser bedeutenden Zielgruppe zu sagen: Hier stehen wir, wir können nicht anders, es bleibt so! Es ist so, und es bleibt so! Aber nur weil wir es sagen, ist es so und bleibt es so, und die anderen sagen, nur weil wir es sagen, ist es so und bleibt es so. Da das alle sagen, ist es so und bleibt es so!

Deshalb, meine Damen und Herren, gibt es noch so einen kleinen Punkt, auf den ich hinweisen möchte. Ich verstehe gut, dass man sagt, die HVG muss ihre Einnahmen natürlich auch zweckgebunden ausgeben. Es ist aber so, dass wir natürlich auch den Veranstaltern ein super Angebot machen, ein wirkliches Superangebot machen. Für ein super Angebot gibt es auch einen gewissen Preis. Das ist einfach so! Ich finde, das sollten wir auch fordern, ganz selbstbewusst und ganz normal. Ich glaube, dass die HVG auch hier - im Grunde können Sie nur die Stadtamterträge dagegenrechnen - eine vernünftige Situation geschaffen hat, dass die Einnahmen, wenn es überhaupt Überschüsse gibt, sehr gering im Verhältnis zu dem sind, was dort stattfindet und was dort umgesetzt wird.

Ich glaube, dass wir uns gemeinsam einig sind, dass wir froh sind, diesen Freimarkt zu haben. Er ist das größte Volksfest, und die Bremer begehnen den Freimarkt. Das ist auch in Bremen etwas anderes als an vielen anderen Standorten. In Hamburg ist das zum Beispiel mit dem Dom ganz anders. Die Hamburger haben überhaupt nicht dieses innige Verhältnis zum Dom im Verhältnis der Beziehung der Bremer zum Freimarkt. Das heißt, hier ist eine Wechselbeziehung des Volkes zu seinem Volksfest, und weil das so ist und weil das auch eine tradierte und emotionale Beziehung ist, wäre es ganz töricht, dies durcheinander zu bringen oder zu stören. Ich habe nicht den Eindruck, dass das jemand will, und deshalb denke ich, wir sollten dabei bleiben, dass wir dieses tolle Volksfest auch in Zukunft auf der Bürgerweide haben, dass wir dieses tolle Volksfest, zu dem viele beitragen, auch in Zukunft dort haben wollen und dass wir uns gemeinsam darüber freuen, dass es von unseren Bürgern und von den Menschen im Umland so hervorragend angenommen wird.

Wir sorgen gemeinsam dafür, dass unsere städtischen Gesellschaften und Einrichtungen dafür sorgen, dass das auch in geordneter Weise geschieht und dass im Grunde genommen die Schausteller, die wir ja brauchen, immer wieder sagen: In Bremen muss man dabei sein! So denken sie auch, und sie denken aus gutem Grund so. Weil sie aus gutem Grund so denken, läuft das Verhältnis zwischen Volk und Volksfest gut. Die städtischen Einrichtungen werden ihren Beitrag dazu leisten, damit es auch in Zukunft so gut funktioniert. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 16/56 S, auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU Kenntnis.

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Inneres

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 8 vom 6. Januar 2004 (Drucksache 16/54 S)

Wir verbinden hiermit:

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 9 vom 20. Januar 2004 (Drucksache 16/59 S)

Zuerst möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Petition S 15/349 ausgesetzt wird. Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen mit Ausnahme der Petition S 15/349 in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

149. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für das Grundstück Albrecht-Roth-Straße 28 (Flurstück 52/1, VR Vegesack Flur 1)

Mitteilung des Senats vom 13. Januar 2004
(Drucksache 16/55 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das 149. Ortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Kinderbetreuung muss dem Bedarf entsprechen!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Januar 2004
(Drucksache 16/58 S)

Wir verbinden hiermit:

Kinderbetreuung bedarfsorientiert weiterentwickeln

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 29. Januar 2004
(Drucksache 16/61 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Crueger.

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen¹⁾: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Fassen wir uns kurz zu so später Stunde! Mittlerweile ist es schon wieder zwei oder drei Wochen her, da ging groß durch die Zeitungen, dass 250 Ganztagsplätze in den Kindergärten abgebaut werden sollten, 200 beim städtischen Träger, die übrigen bei den freien Trägern. Wir haben daraufhin eine Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses und alles, was dazu gehört, beantragt und dieses Thema mittlerweile breit diskutiert.

Ich möchte nur daran erinnern, wir haben hier gestern vor dem Hintergrund der Iglu-Ergebnisse diskutiert, wie wichtig es ist, gerade auch schon im Kindergarten, im vorschulischen Bereich wesentlich mehr zu tun und zu erreichen, als es bislang der Fall ist. Das darf man, denke ich, bei dieser ganzen Debatte nicht außer Acht lassen, dass wir da in diesem Bildungskanon bereits die Grundsteine setzen. Dann hören wir, es sollen 200 Plätze bei den städtischen KTH abgebaut werden, ob das nun Plätze sind oder Ganztagsplätze als Recheneinheit, wie auch immer, da gab es ja in der Vergangenheit viele gegeneinander stehende Aussagen. Ich bin mir da auch immer noch nicht hundertprozentig sicher und hoffe, da restlos überzeugt zu werden, wenn demnächst der Anmeldezeitraum zu Ende ist, wenn die Auswertungen angefertigt wurden, wenn wir also wissen, wie viele Eltern welches Platzangebot wollen.

Wir haben in der demographischen Entwicklung 300 Kinder weniger. Da wird es natürlich dementsprechend auch Überhänge geben. In der Vergangenheit war das immer bei den vier Stunden so. Schauen wir einmal, was uns da erwartet, und dann werden wir natürlich sehr genau darauf achten, inwieweit dort Überhänge abgebaut werden und inwieweit dort womöglich Plätze abgebaut werden, obwohl es einen Mehrbedarf gibt!

Bei den Ganztagsplätzen, das hatten wir vorhin kurz, gab es in der Vergangenheit immer einen Mehrbedarf. Ob der nun 100 oder 400 Plätze beträgt, auf jeden Fall würde der durch einen Abbau

von Ganztagsplätzen noch verschärft werden. Überlegen wir einmal, wer nach den Hartz-Gesetzen einen rechtlichen Anspruch hat auf einen Ganztagsplatz! Das sind alles Faktoren, die man bedenken muss, aber ich bin mittlerweile auch ganz froher Hoffnung, dass das passieren wird. Herr Pietrzok, Sie brauchen gar nicht so gelangweilt zu schauen!

Die Bedeutung der Ganztagsplätze wurde auch breit diskutiert, nicht nur für Berufstätige - da möchte ich auch noch einmal an die CDU appellieren -, Berufstätige und Berufssuchende sicher, sondern gerade auch in Stadtteilen wie beispielsweise Tenever, wie Kattenturm, wo es ein viel größeres soziales Problem gibt und viele Eltern zwar keine Arbeit haben, aber die Kinder aus verschiedenen Umständen dennoch besser ein möglichst umfangreiches Kindergartenangebot bekommen. In dem KTH bietet sich die Möglichkeit zu fördern, die Eltern zu entlasten und den Kindern auch eine große Chance zu geben. Insofern darf man nicht sozial blind argumentieren, sondern muss auch immer mit bedenken, dass, sobald man Ganztagsplätze abbaut, man natürlich dann die Stadtteile mit einem sozial schwächeren Milieu, sage ich jetzt einmal ganz umständlich, härter treffen würde, und das darf man nicht leichtfertig beiseite lassen.

Sie haben diesen Antrag eingereicht, den wir in Verbindung mit unserem Antrag hier behandeln. Ich muss Ihnen gleich vorweg sagen, darin sind viele richtige Punkte, denen wir auch zustimmen können. Einzig dem Punkt vier, der sich im Wesentlichen um das Belobhuden oder wie auch immer des geplanten Zweitkräfteprogramms dreht und darum, dass eine Beschäftigungsgesellschaft eingerichtet werden soll, würden wir vor dem Hintergrund nicht zustimmen wollen. Wir beantragen daher eine getrennte Abstimmung des Punktes vier und würden den restlichen Punkten so zustimmen, weil sie in der Linie richtig sind, weil sie das richtige Ziel verfolgen.

Dass wir Sie natürlich als Opposition immer mit unseren hehren Forderungen konfrontieren können, ist klar, aber es liegt bei Ihnen, dann diesen Forderungen auch den entsprechenden finanziellen und personellen Mantel zu geben. Ich würde mir wünschen, dass wir es hinbekommen, gerade mit den Überhängen, die entstehen werden durch die demographische Entwicklung, andere Mehrbedarfe zu decken, möglichst eine bedarfsdeckende Versorgung mit Ganztagsplätzen zu haben. Das ist ein Punkt neben der Flexibilisierung, den ich fast noch ein bisschen wichtiger finde. Auf der anderen Seite befürworten wir natürlich Ihre Anstrengung, ein flexibleres Angebot zu machen. Dass das in kleinen Schritten gehen muss, sehen

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

wir auch so, dass man aber letzten Endes die Linie halten muss, ist klar. Insofern wissen Sie, wie wir uns zu Ihrem Antrag stellen.

Es ist klar, dass wir auch zu Punkt vier natürlich schon seit langem eine fachliche Debatte führen, die uns allen hier sehr geläufig ist, die ich auch nicht mehr breit wiederholen muss, und dass diese Debatte bei all Ihren politischen Handlungen auch immer ganz oben stehen sollte und vor finanzielle Aspekte gehen muss, da wir uns ansonsten ganz wesentliche Chancen verbauen und den armen Herrn Lemke hier 2006 verlieren werden. Insofern stimmen wir dem Antrag in den Punkten zu. Ansonsten halten wir aber natürlich unseren Antrag mit der bedarfsdeckenden Versorgung, die in Ihrem Antrag nicht aufgegriffen wird, aufrecht. - Ich bedanke mich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bartels.

Abg. **Bartels (CDU)**^{*)}: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal muss ich sagen, ich freue mich, dass die Fraktion der Grünen diese Punkte unseres Antrags übernimmt. Ich möchte aber doch noch einmal darauf eingehen, dass ich es schon bedauere, dass auch Ihre Fraktion einen Beitrag zu dem Versuch geleistet hat, den Eindruck zu verstärken, wir würden hier in Bremen die Kinderbetreuung abbauen und etwas an der Qualität herunterschrauben. Das ist nicht die Realität in dieser Stadt. Im Gegenteil, die Koalition setzt hier wirklich Maßstäbe, und auch bei den ganzen Sparanstrengungen, die wir unternehmen, setzen wir bewusste Akzente.

Wir haben in den vergangenen Jahren die Plätze massiv ausgebaut und haben auch den Kindern, die erst im vierten Quartal drei Jahre alt werden, quasi einen Rechtsanspruch gegeben, schon in diesem Kindergartenjahr eine Kinderbetreuung zu bekommen. Das ist ein hoher Anspruch, den wir hier verwirklichen, und die Demographie zwingt uns momentan, weil wir in der Stadt zu wenig Kinder haben, die Zahl der Plätze herunterzufahren. Das kann man bedauern, aber es wäre auch finanzpolitisch und insgesamt nicht vertretbar, würden wir Plätze schaffen für Kinder, die schlichtweg nicht da sind.

(Abg. Crueger [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das fordern wir auch nicht!)

Ich freue mich, dass Sie also, wie gesagt, diesen Antrag zu großen Teilen übernehmen. Wir haben ja in Bremen eine hohe Versorgungsquote, wir haben das vorhin auch in der Fragestunde schon beantwortet bekommen, die liegt bei über 95 Prozent. Auch die durchschnittliche Betreuungstundenzahl pro Kind ist sehr hoch in dieser Stadt, und wir tun ein Weiteres in der Koalition, wir flexibilisieren die Angebote, wir schaffen ein fünfständiges Angebot in der Kinderbetreuung, mit und ohne Mittagessenverpflegung, und wir schaffen ein siebenständiges Angebot. Das ist die Erfahrung, die wir im vergangenen Jahr aus dem Forsa-Gutachten bekommen haben, und wir setzen das jetzt um.

Ich freue mich, dass auch hier die freien Träger mitziehen, und der städtische Träger wird beweisen müssen, dass er ebenso flexibel diese neuen Angebote einrichten kann. Ich bin gespannt, ob das noch etwas schneller geht, als wir gehört haben. Es soll ein Umbauprozess von drei Jahren sein. Ich meine, vielleicht schafft man es auch eher, die Angebote mit der tatsächlichen Nachfrage in Deckung zu bringen.

Ich muss sagen, es hat mich schon ein Stück weit geärgert, dass dort Zahlen genannt wurden, es würden auch in diesen laufenden Kindergärten 400 Ganztagsplätze fehlen. Es gibt dafür gar keine Grundlage, und man muss das auch noch einmal klarstellen. Wir lehnen auch im Übrigen diese Stigmatisierung ab, dass Sozialhilfeempfänger, nur weil sie hilfebedürftig sind, ihrer sozialen Kompetenz beraubt sind, ihren Kindern einen geregelten Tagesablauf bieten zu können. Ich sage immer, Kinderbetreuung kann nur ein ergänzendes Angebot sein, aber es ersetzt die Familie nicht, und die Stigmatisierung, die dort ein Stück weit betrieben wurde, muss ich doch wirklich zurückweisen.

Wir geben in den kommenden Jahren 3,2 Millionen Euro aus für die Einführung dieser unterstützenden Zweitkräfte. Es ist oft gesagt worden, es würden unqualifizierte Kräfte in die Kinderbetreuung gegeben werden. Das kann man auch so absolut nicht im Raum stehen lassen. Wir machen eine Qualifizierungsmaßnahme, und über die Details werden wir uns noch zu unterhalten haben, das ist völlig klar. Ich meine auch, dass die Idee dieser Gesellschaft, die wir dort gründen, verfolgt werden kann, aber vielleicht muss gar keine neue Gesellschaft gegründet werden an dieser Stelle. Vielleicht ist auch jemand hier im Lande dazu bereit, der auf dem Gebiet schon Erfahrung gesammelt hat. Ich denke, das ist ein Gedanke, den man nachvollziehen kann.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

Wir geben wirklich eine ganze Menge Geld in diesem Bereich aus, flexibilisieren die Angebote. Das ist auch ein Punkt, den meine Fraktion in der Vergangenheit immer sehr betont hat, dass wir wirklich auch die Optionen, die Eltern haben, bedienen können. Das machen wir jetzt, und das begrüßen wir sehr. In diesem Sinne bitten wir für den hier vorliegenden Antrag um Zustimmung. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will auch noch einmal kurz auf den Zusammenhang hinweisen, wieso wir jetzt eigentlich diesen Antrag der Grünen hier überhaupt vorliegen haben. Es ist doch so, eigentlich jedes Jahr, wenn die Anmeldesituation in den Kindergärten sich ein bisschen konkretisiert, haben wir hier im Parlament einen Antrag, wir haben eine wilde Pressearbeit der Grünen, und immer wieder geht das Geschrei durch die Stadt, die große Koalition würde die Versorgungslage verschlechtern, die Situation wäre megadramatisch, und wir würden sie sogar durch unser Handeln noch verschlechtern. Das kommt normalerweise im März.

Wir haben jetzt eine besondere Situation, es ist erst Ende Januar. Der Grund, warum schon jetzt dieser Zirkus angefangen hat, ist einfach der, dass die Einrichtungen mit der demographischen Entwicklung umzugehen haben. Die Senatorin hat vorhin schon in der Fragestunde deutlich gemacht, die Versorgungsstruktur ändert sich beim Anpassen der Kindergartenplätze an die sinkende Kinderzahl nicht, sondern die Versorgungsleistung bleibt genauso, aber das ist der Grund, warum wir jetzt hier von den Grünen einen Tiger-Antrag bekommen haben und auch der Grund, warum Herr Crueger im Jugendhilfeausschuss eine richtige Tiger-Rede gehalten hat. Hier allerdings, meine Damen und Herren, das muss ich einmal ganz deutlich sagen, haben wir nicht gerade eine Tiger-Rede gehört, sondern das war eher eine sehr zurückhaltende Formulierung, die Herr Crueger hier gewählt hat, gemessen an dem, was in dem Antrag steht.

Noch einmal ganz deutlich, es gibt durch die demographische Entwicklung überhaupt keine Verschlechterung im System! Nein, die gibt es nicht, sondern die große Koalition hat die Ambition, im Kindergartenbereich, in beiden Bereichen eine substantielle Verbesserung hinzubekommen. Wir haben ein doppeltes Problem. Wir haben das Thema Bildung stärker in den Kindergarten zu

tragen, das zeigen alle Studien. Wir müssen diese Institution stärker darauf orientieren. Das haben wir vor, und deswegen wollen wir mehr Personal in die Einrichtungen hineinbekommen.

Wir haben ein zweites Problem, und darüber müssen wir uns auch unterhalten, das ist die Problematik, dass wir derartig sinkende Kinderzahlen haben, dass wir mit unserem Betreuungssystem auf diese demographische Entwicklung reagieren müssen. Das tun wir, indem wir erstens zusätzliches Geld bereithalten und indem wir zweitens mehr Flexibilität in den Betreuungszeiten organisieren wollen, damit bedarfsgerechte Betreuung zukünftig eher erreicht wird.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich bin nicht der Auffassung, dass wir es in den nächsten Jahren schaffen werden, wirklich eine bedarfsdeckende Versorgung hinzubekommen. So viel Geld werden wir nicht auf den Weg bringen können. Die politische Ambition aber ist nicht nur mit Worten da, sondern sie ist mit Geld und Konzeption schon hinterlegt, daran muss noch weiter gearbeitet werden, und die Versorgungsstruktur wird im Hinblick auf die Betreuungszeiten deutlich besser werden. Dort sind auch in den Haushaltsanschlüssen schon Summen dargestellt, um das auch verbessert abwickeln zu können.

Dann möchte ich aber auch noch einmal ganz deutlich sagen, wir haben nur eine begrenzte zusätzliche Summe in den Haushaltsanschlüssen. Das sind die berühmten 4,3 Millionen. Wir haben aber die Möglichkeit, über den Europäischen Sozialfonds an noch mehr Geld heranzukommen. In der Situation, in der wir sind, können wir uns doch nicht einfach dazu entschließen und sagen, wir verzichten auf diese Option und lassen diese Großchance einfach so an uns vorbeigehen. Das können und dürfen wir nicht tun, meine Damen und Herren! Deswegen ist doch die Ambition, die das Ressort hier gerade formuliert hat, genau richtig, wir müssen nämlich sehen, wie wir diese beiden Töpfe zusammenbekommen und wie wir dann möglichst viel erreichen für die Bremer Kindergärten, so dass die Personalausstattung besser wird.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir uns nur mit dem Geld auf den Weg machen, mit den 4,3 Millionen, dann machen Sie sich bitte einmal eine Vorstellung davon! Bei der Vielzahl der Einrichtungen, bei der Vielzahl von Gruppen, was erreichen wir dann an Nettoeffekten im Hinblick auf, sagen wir einmal, eine zweite Erzieherin? Ich erwarte, dass es nur sehr wenige Stunden in den einzelnen Gruppen, in einer Woche wären. Das Geld ist einfach nicht hinreichend, das

muss ich ganz deutlich sagen. Immerhin wird in diesem Betrag aber die politische Ambition deutlich, und ich halte es nach wie vor für einen großen Erfolg. Ich halte es für richtig, dass man versucht, auch anderes Personal in die Gruppen zu bekommen, denn damit tragen wir dem, was die Erzieherinnen immer bemängeln, Rechnung, dass sie das, was sie an Pädagogik gelernt haben, nicht mehr umsetzen können, weil die pflegerischen Anteile im Gruppenalltag derartig zugenommen haben, dass ihnen die Zeit dazu fehlt.

Wenn wir mit zusätzlichen Personalprogrammen zusätzliche Hilfskräfte in die Einrichtungen bringen, dann bedeutet das auch, dass das pädagogische Potential der Erzieherinnen selbst wieder ausgeschöpft werden kann. Insofern noch einmal ganz deutlich: Ich finde es richtig, dass wir an den ESF-Topf herangehen. Ich finde es absolut richtig, dass man mit verschiedenen Qualifikationsniveaus arbeitet. Wie die dann genau aussehen, was für Personal in den einzelnen Gruppen ist, darüber werden wir uns sicherlich noch einmal zu unterhalten haben, aber die präzise Konzeption des Ressorts liegt in dieser Frage noch gar nicht vor. Insofern gibt es meiner Meinung nach noch gar keinen Grund, hier schon eine Polarisierung vorzunehmen. Da muss man erst einmal schauen, was dabei wirklich an konkreter Qualifikation in den Gruppen ankommt, und dann kann man darüber auch diskutieren.

Ob die Gesellschaft das richtige Mittel ist, um diese Konstruktion, die wir vorhaben, auf den Weg zu bringen, das ist, glaube ich, deutlich geworden, ist eine Frage, die wir alle pragmatisch überprüfen wollen. Jedenfalls für die SPD-Fraktion kann ich das sagen. Wir ziehen das in Betracht, wir schließen das auch nicht aus, aber wir legen uns zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest.

Ich denke, meine Damen und Herren, im Antrag der großen Koalition ist deutlich geworden, dass das eine große politische Ambition ist im Bereich der Kindertagesbetreuung, sowohl was die Betreuungszeiten betrifft als auch die pädagogische Qualität, deutlich nach vorn zu gehen, auf dass es in Zukunft besser sein wird, als es jetzt schon ist in den Kindergärten. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich mache es jetzt kurz, es ist eigentlich schon alles gesagt worden. Die demographische Entwicklung ist dargestellt worden, die können wir bei unserer Planung nicht übersehen. Wir

werden bis 2010 etwa 1400 Kinder weniger haben in unserer Stadt. Darauf muss man sich einstellen, und es macht auch keinen Sinn, Plätze vorzuhalten und zu bezahlen, das kostet Geld. Dieses Geld müssen wir an anderer Stelle viel effektiver verwenden, es nämlich in die Qualität stecken.

Wir haben große Aufgaben vor uns, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dazu dient unter anderem - ich weiß nicht, ob wir es schaffen, schneller als drei Jahre, das wird sich im Prozess zeigen - die stufenweise Flexibilisierung der Angebote. Das wird auch von den Trägern abhängen, wie weit sie in der Lage sind, das vor Ort zu schaffen, inwieweit wir den Bedarf von Eltern und Kindern mit den Angeboten zur Deckung bekommen. Das ist ein Prozess, den wir miteinander sehr sorgsam steuern, auch in der Deputation und im Jugendhilfeausschuss.

Wir wollen auch die Angebote für die Null- bis Dreijährigen, die ganz entscheidend dafür da sind, stabilisieren. Da bricht ganz viel weg in den Krabbelgruppen, ABM, SAM. Stabilisierung ist eine ganz wichtige Funktion jetzt. Aber wir wollen auch die Angebote, das habe ich vorhin schon gesagt, wenn über Hartz IV die 1,5 Milliarden verteilt werden können, hoffentlich ausbauen, sukzessive. Das alles zu dem Komplex Vereinbarkeit von Beruf und Familie!

Der andere ist der aus meiner Sicht noch bedeutendere Auftrag, den wir uns alle vorgenommen haben, darauf will ich jetzt nicht weiter eingehen, den Bildungsauftrag in den Kindergärten weiter zu entwickeln. Wir haben schon sehr viel auf den Weg gebracht. Kontinuierlich werden wir das weiter fortsetzen, da sind wir uns, glaube ich, alle einig, was die inhaltlichen Schritte betrifft.

Dazu brauchen wir Personal, gar keine Frage, und die ESF-Mittel, meine Damen und Herren, sind doch geradezu ein Geschenk des Himmels, dass sie jetzt unerwartet auf uns zukommen, weil der Bund seinen Anteil nicht ausgegeben hat und es den Ländern angeboten hat. Wir haben auch sofort zugegriffen, und wir wären doch wirklich mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir das nicht nutzen würden.

(Beifall bei der SPD)

Ich wehre mich ganz entschieden gegen diese Vorwürfe, die jetzt kommen, völlig unqualifiziert und ohne jede Kenntnis, dass gesagt wird, das ist Billigpersonal, das sind unqualifizierte Leute, die können wir nicht einsetzen. Das ist nicht die pädagogische Erzieherin, die wir an vielen Stellen brauchen, das ist die Kinderpflegerin, die wir einsetzen wollen, es ist die Assistenzfunktion, die un-

terstützende Funktion, das ist die Frau oder der Mann, der das Kind einmal auf die Toilette bringt, es tröstet, wenn es sich gestoßen hat, dem Kind beim Essen hilft oder ihm die Schuhe zubindet. Das sind doch auch die Probleme, die die Kindergärtnerinnen haben, die sie jeden Tag zu bewältigen haben.

Das ist auch der Grund, warum sie nicht die Freiheit haben, auch einmal konzeptionell zu denken und sich des Bildungsauftrags annehmen zu können. Diese Freiheiten wollen wir schaffen und die Erzieherinnen über dieses Programm weiterqualifizieren, damit sie die neuen Herausforderungen, die Konsequenzen aus Pisa auch inhaltlich auf dem neuesten fachlichen Stand bewältigen und in ihre Einrichtung tragen können, der Einrichtung neues Profil geben können. Das ist der Ansatz.

Ich will dazu im Einzelnen in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit jetzt nichts mehr sagen. Wir werden uns darüber noch eingehend in den Gremien unterhalten. Ich bin sehr gespannt auf diesen Prozess. Ich freue mich, dass wir da einen entscheidenden Schritt nach vorn kommen. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/58 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU, Drucksache 16/61 S, abstimmen.

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Crueger von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat getrennte Abstimmung beantragt. Deswegen lasse ich zunächst über die Ziffern 1, 2, 3 und 5 abstimmen.

Wer diesen Ziffern seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt den Ziffern 1, 2, 3 und 5 zu.

(Einstimmig)

Ich lasse nunmehr über die Ziffer 4 des Antrags abstimmen.

Wer der Ziffer 4 des Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt auch der Ziffer 4 zu.

Damit ist der gesamte Antrag angenommen.

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Kultur

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration

Auch hier liegt Ihnen der Wahlvorschlag schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hatte heute in der Mittagspause die Gelegenheit genommen, unseren ehemaligen Präsidenten Reinhard Metz im Krankenhaus zu besuchen. Er hat eine Hüftoperation hinter sich. Es geht ihm gut. Er geht nächste Woche in die Reha. Er lässt Sie alle ganz herzlich grüßen und wünscht Ihnen für Ihre politische Arbeit weiterhin alles Gute.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 17.51 Uhr)